

"ASYL FÜR JULIET UND JOMA SISON!"

Bericht über den Stand des Asylverfahrens und die Tätigkeit des Solidaritätskomitees

Über **1600 Einzelpersonen und Organisationen** haben inzwischen in Deutschland die **Forderung nach Asyl für die Familie Sison in den Niederlanden** mit ihrer Unterschrift unterstützt.

Die bisherigen Unterschriften wurden am 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, der niederländischen Botschaft in Bonn übergeben.

Wir rechnen demnächst mit einer Verhandlung der Klage von Jose Maria Sison gegen die Ablehnung des Asyls. Ein Termin ist noch nicht bekannt. Wir dürfen uns aber nicht überraschen lassen, sondern müssen weiter die Öffentlichkeit informieren und das bisherige Verschweigen dieses Asylfalles durch die Medien durchbrechen.

Im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Aushöhlung und zum Abbau des Asylrechts und der Kriminalisierung des nationalen Befreiungskampfes neokolonial unterdrückter Völker, wozu man auch unabhängig von der Kritik an der Politik der PKK das Vorgehen der Bundesregierung gegenüber dem Kampf des kurdischen Volkes und den kurdischen Vereinen und Publikationen in der Bundesrepublik rechnen muß, gewinnt der Fall Sison zusätzliche Bedeutung und erfordert internationale Aufmerksamkeit und Solidarität.

Wir begrüßen deshalb, daß es im Dezember Solidaritätsaufrufe und -aktionen in den USA, wo sich **Noam Chomsky** für Sisons Asyl einsetzt, in Kanada, Norwegen, Schweden und den Niederlanden gab.

nachdem Sison zu verschiedenen Veranstaltungen im letzten Jahr noch keine Reiseerlaubnis in die BRD erhielt, wurde ihm im November eine Reise zu einem internationalen Seminar über das Werk Mao Tsetungs gestattet. Das ist schon ein gewisser Erfolg der Solidaritäts- und Öffentlichkeitsarbeit. Wir hoffen jetzt, daß Juliet und Jose Maria Sison die **Leipziger Buchmesse** besuchen können. Dort soll am 19.3. um 19.00 Uhr im Werk II, einem gewerkschaftlich getragenen Kulturzentrum, als Teil des Rahmenprogramms, gestützt auf einen größeren Veranstalter- und Trägerkreis, eine Solidaritätsveranstaltung "Sofortiges politisches Asyl für Juliet und Jose Maria Sison - Freiheit für die Philippinen" stattfinden.(...) Das Solidaritätskomitee wird rechtzeitig zur Leipziger Buchmesse eine kleine Broschüre herausgeben. In deren Mittelpunkt steht der Abdruck einer Rede des philippinischen Rechtsanwaltes und Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses der philippinischen Anwaltsvereinigung **Romeo T. Capulong**, die er auf der zweiten Weltkonferenz der Vereinten Nationen über menschenrechte im Juni 1993 in Wien zum Fall Sison hielt. (...) Wir verschicken die Broschüre gegen eine Solidaritätsspende, die zu überweisen ist auf das Konto:

Kto Nr. 377 90 - 431
Postbank Essen
BLZ 360 100 43
Stichwort: Sison

Wer Interesse an der Mitarbeit in oder an Informationen über das Solidaritätskomitee hat, wendet sich an

RA Roland Meister
Am Zehnthof 219
45307 Essen

Antifaz

Antifaschistische Zeitung

46

März/April '94
8. Jahrgang
DM 3,00

**Erklärung
der EZLN**

**Geschichte
Mexikos I**

**Demo in
Pivitsheide**

Autonome IV



Emiliano Zapata
mexikanischer
Freiheitskämpfer

Inhalt

3 Editorial

DOKUMENTATION

- 4 Erklärung der Zapatistischen Befreiungsarmee
 6 500 Jahre in Mexiko Teil I
 16 Staatsanwaltschaft stellt Grams-Ermittlungen ein
 16 Schreckliche Geständnisse Teil II
 40 Wenn Geld Macht ausübt

DEBATTE

23 33 Die Autonomen Teil IV

BERICHTE

- 11 Demo gegen NF-Zentrum in Pivitsheide
 13 Der "Fall Kaindl":
 Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes
 20 Erster Bundesweiter Frauenstreiktag '94
 21 Fotoausstellung "Schuß-Wechsel Türkei"
 32 Hungerstreik für menschenwürdige Behandlung
 35 Erlebnis in den Niederlanden
 37 Should the baby live
 38 Tod im Herner Abschiebeknast

EIGENTUMS
VORBEHALT

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/ dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/ dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/ dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

IN EIGENER SACHE...

Da die AntifaZ immer noch unter einem chronischen Finanzloch leidet, haben wir für 1994 eine Änderung der Abonnenten- und Anzeigen-Regelungen beschlossen.

Das Einzelabo kostet 27,- (Förderabo ab 30,-) pro Jahr incl. Porto. Die Überweisung der Abo-Kosten erbitten wir halbjährlich oder jährlich im voraus, also entweder jew. im Januar und Juli oder nur im Januar (oder Einzugsermächtigung).

Die Mehrfachabos kosten 3,- pro Zeitung und sind portofrei. Die Überweisung der Abo-Kosten erbitten wir für jew. 2 Ausgaben im Voraus (oder Einzugsermächtigung).

Für Anzeigen erbitten wir ebenso Vorkasse für jew. 2 Ausgaben der AntifaZ per Überweisung oder Einzugsermächtigung.

Kontonummer: 334 01 027

BLZ: 430 500 01

Sparkasse Bochum

Fast schon selbstverständlich, aber noch mal zur Erinnerung: es sind noch etliche Einzel- und Mehrfach-Abos von '93 und sogar '92 nicht bezahlt. Wir bitten um zügige Überweisung.

EDITORIAL

Der aufmerksamen Leserin bzw. dem aufmerksamen Leser dürfte nicht entgangen sein, daß es in der Redaktion Änderungen gegeben hat. So haben beispielsweise Ende letzten Jahres 2 Redaktionsmitglieder das Handtuch geworfen. Die konkreten Gründe dafür haben sie uns nicht mitgeteilt; daher wollen wir es bei dieser Feststellung belassen.

Eine weitere Änderung sei hiermit angekündigt: Zur Redaktion gehört jetzt auch eine Frauenredaktion. Diese versteht ihre Aufgabe darin, durch eigene Beiträge der Sicht der Frauen in dieser Zeitschrift deutlicher als bisher Ausdruck zu verleihen. In dieser Nummer geht die Frauenredaktion besonders auf den in Vorbereitung befindlichen Frauenstreik ein. Auch die in Bochum durchgeführte Fotoausstellung von Thea A. Struchtemeier hat einen gewichtigen Teil der besonderen Unterdrückung der Frau in der Türkei und in Nordkurdistan gewidmet.

Schon in der letzten Ausgabe haben wir angekündigt, daß das Editorial künftig "reihum" von den Redaktionsmitgliedern verfaßt wird.

Und damit zu dieser Nummer:

Nicht erscheinen kann leider eine Ankündigung der 17. Landeskonferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW unter dem Motto "Für gleiche Rechte - gegen Rechts, Den Einzug von Faschisten in die Parlamente verhindern!" und der gleichzeitig stattfindenden Bundeskonferenz antifaschistischer Initiativen aus überwiegend autonomem Spektrum am 5. März in Nürnberg. Wir hätten (wegen unserer zweimonatigen Erscheinungsweise) beides schon in der letzten Nummer ankündigen müssen.

Mit einer Würdigung der abgedruckten Dokumente aus der theoretischen Auseinandersetzung unter den Autonomen beenden wir vorerst unsere gezielte Befassung mit ihnen.

Das Thema "Superwahljahr 1994" soll in der nächsten Nummer gründlich behandelt werden, wenn sich einige Fronten klarer herauskristallisiert haben.

Verunsicherung in der Redaktion hat eine bisher nicht öffentliche massive Kritik an unseren letzten Artikeln zur Auseinandersetzung mit der "tödlichen Ethik" hervorgerufen. Mit Ausnahme eines Berichts über die Etablierung des Buches "Should the baby live" auf dem deutschen Buchmarkt nehmen wir in dieser Nummer noch nicht dazu Stellung. Öffentliche Kritik kann der Sache und auch dem Klärungsprozeß bei uns nur dienen.

Zu den beiden Prozessen gegen deutsche Mordbrenner in Mölln und Solingen ist es uns bisher nicht gelungen, einen Augenzeugenbericht zu erhalten; wir finden allerdings das von der Bundesanwaltschaft ausgehende Theater um die Zulassung der betroffenen Familie Genc als Nebenkläger entwürdigend. Auch mit der Ablehnung der Strafanzeige gegen bundesdeutsche staatliche Stellen wegen Beteiligung am Völkermord gegen das kurdische Volk hat die Bundesanwaltschaft, die sich voll auf die in der Begründung zum Verbot kurdischer Vereine in Deutschland stehenden Lügen stützt und daher nicht einmal einen "Anfangsverdacht" zu entdecken vermag, gezeigt, was Geistes Kind sie ist. Wie lächerlich das ist, wird auch an Hand der in dieser Nummer fortgesetzten "schrecklichen Geständnisse" eines in Kurdistan eingesetzten Soldaten deutlich. Wir empfehlen unseren Leserinnen und Lesern, sich an der kurdischen Protestdemonstration in Bonn am 12. März zu beteiligen.

Mit welchem Zynismus Staatsanwaltschaften selbst offenkundige Beweise beiseitewischen, wird auch an der Einstellung des Verfahrens wegen des Mordes an Wolfgang Grams durch die Schweriner Staatsanwaltschaft sichtbar.

Aufmerksamkeit hat bei uns der Neujahrsvortrag der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) im mexikanischen Bundesstaat Chiapas erregt. Wir haben uns entschlossen, es nicht bei einer Dokumentation der Erklärung der EZLN zu belassen, sondern uns eingehender mit der Geschichte Mexikos auseinanderzusetzen, die unseres Erachtens hierzulande nicht genug bekannt ist, um verstehen zu können, was in diesem Lande, das vor einigen Jahren wegen des "Mexiko-Syndroms" schon einmal Schlagzeilen machte, vor sich geht.

Zum Schluß noch eine Meldung: Wie Ihr sicher bemerkt habt, kostet unsere Zeitschrift seit der letzten Ausgabe 3 Mark.

So, für heute herzlichen Gruß,

Für die AntifaZ-Redaktion: KD

ERKLÄRUNG DER ZAPATISTISCHEN ARMEE DER NATIONALEN BEFREIUNG

HEUTE SAGEN WIR: DAS MASS IST JETZT VOLL!

An das Volk von Mexiko.

Mexikanische Brüder und Schwestern!

Wir sind ein Produkt von 500 Jahren Kampf:

- zuerst gegen die Sklaverei während des Unabhängigkeitskrieges gegen Spanien, unter Führung von Aufständischen,
- dann um nicht durch den nordamerikanischen Ausbreitungsdrang geschluckt zu werden,
- danach um unsere Verfassung zu verkünden und die französische Herrschaft von unserem Boden zu vertreiben.
- Danach verweigerte uns die Diktatur unter Porfirio Diaz eine gerechte Anwendung der Reformgesetze, und das Volk erhob sich; Führer standen auf wie Villa und Zapata, arme Leute, so wie wir.

(Ihnen und)* uns wurde die elementarste Ausrüstung verweigert; so konnte man (sie und)* uns als Kanonenfutter benutzen und die Reichtümer unseres Landes plündern. (Dabei interessierte sie nicht, wenn wir an Hunger sterben oder an Krankheiten, die eigentlich zu heilen sind)*.

Es ist genau so: Wir haben nichts, absolut nichts, kein Dach über dem Kopf, keinen Boden, keine Arbeit, kein Gesundheitswesen, kein Essen und auch keine Bildung. Wir haben nicht einmal die Möglichkeit, frei und demokratisch unsere politischen Vertreter zu wählen. Wir sind abhängig vom Ausland, und es gibt (daher)* keinen Frieden und keine Gerechtigkeit für uns und unsere Kinder.

Aber heute sagen wir: Das Maß ist jetzt voll! Wir sind Nachkommen der ursprünglichen Begründer unserer Nation. Wir sind Millionen von Ausgestoßenen; daher rufen wir unsere Brüder und Schwestern auf, mit uns in den Kampf zu gehen: Das ist die einzige Möglichkeit, um zu verhindern, daß wir hungers sterben infolge der ungeheuren Anmaßung von über 70 Jahren Diktatur, an deren Spitze eine Clique von

Verrätern steht, die die am meisten konservativen und opportunistischen Gruppen vertritt.

Es sind dieselben, die gegen Hidalgo und Morelos vorgegangen sind, dieselben, die Vicente Guerrero verraten haben, dieselben, die das halbe Land fremden Invasionsheeren verhökert haben, dieselben, die einen europäischen Fürsten importiert haben, der unser Land regieren sollte, dieselben, die die "wissenschaftliche" Diktatur der Porfiristen errichtet haben, dieselben, die sich gegen die Enteignung der Ölkonzerne gestellt haben, dieselben, die 1958 die Eisenbahnarbeiter und 1968 die Studenten massakriert haben, dieselben, die heute dabei sind, uns alles wegzunehmen, absolut alles.

Um zu verhindern, daß das so weitergeht, und als einzige Hoffnung, nachdem wir alle legalen Mittel der Verfassung ausgeschöpft haben, suchen wir nun Zuflucht dazu, den Artikel 39 unserer Verfassung in die Wirklichkeit umzusetzen; darin heißt es:

"Die nationale Souveränität hat ihr innerstes Wesen und ihren eigentlichen Sitz beim Volk. Alle politische Macht entspringt dem Volk, und ihr Zweck ist es, dem Volk eine Hilfe zu sein. Das Volk hat jederzeit das unveräußerliche Recht, seine Regierungsform zu verändern oder neuzugestalten."

Wir erklären uns daher in Übereinstimmung mit unserer Verfassung zu Gegnern der mexikanischen Bundesarmee als dem Grundpfeiler der mexikanischen Diktatur, unter der wir leiden und die monopolisiert wird von einem Einparteiensystem, an dessen Spitze Carlos Salinas de Gortari steht als unrechtmäßiges Oberhaupt der Bundesregierung, die heute an der Macht ist.

Aufgrund dieser Kriegserklärung rufen wir andere Kräfte der Nation auf, dafür einzutreten, daß die Legitimität und Stabilität wieder hergestellt wird, indem der Diktator gestürzt wird. Wir fordern darüber hinaus internationale Organisationen und das Internationale Rote Kreuz auf, unseren Kampf zu überwachen und in ihn einzugreifen, damit unsere Bestrebungen in die Tat umgesetzt werden und zugleich unsere Zivilbevölkerung geschützt wird. Wir erklären jetzt und für immer: Wir werden die Genfer Konvention beim Aufbau der EZLN als der bewaffneten Armee unseres Freiheitskampfes respektieren.

Wir haben das mexikanische Volk auf unserer Seite; wir haben (ein Vaterland und)* die geliebte Trikolore, die von unseren Freiheitskämpfern hochgeachtet wird. Wir verwenden die Farben Schwarz und Rot in unseren Uniformen als unser Symbol für unser arbeitendes Volk im Kampf. Unser Banner trägt die Buchstaben "EZLN" (Ejercito Zapatista de Liberacion Nacional), und wir werden unser Banner im Kampf mitführen.

Vorerst weisen wir jeden Versuch zurück, unsere gerechte Sache herabzusetzen, indem man uns unterstellt, Rauschgiftändler, eine Narkoguerilla, Diebe zu sein oder, was für Bezeichnungen unsere Feinde auch immer erfinden, um sie auf uns anzuwenden. Unser Kampf orientiert sich an der Verfassung, die von uns wegen ihrer Forderung nach Gerechtigkeit und Gleichheit hoch verehrt wird.

Wir erteilen daher unseren Streitkräften, der EZLN, gemäß dieser Kriegserklärung folgenden Befehl:

- 1) Setzt euch gegen die Landeshauptstadt in Marsch, schlägt die Bundesarmee Mexikos, schützt und klärt die Zivilbevölkerung auf und gebt dem Volk in den befreiten Gebieten die Möglichkeit, seine eigenen Vertreter frei und demokratisch zu wählen.
- 2) Respektiert das Leben unserer Gefangenen und übergibt verwundete Gefangene dem Internationalen Roten Kreuz.
- 3) Richtet Volksgerichte ein, um alle Soldaten der mexikanischen Bundesarmee und der politischen Partei, die ein Training bei den Landfremden aufgenommen haben oder gar von ihnen bezahlt werden und die beschuldigt werden, ihr Land verraten zu haben, vor Gericht zu stellen und alle die, die die Zivilbevölkerung unterdrückt und mißhandelt, beraubt und bestohlen oder versucht haben, Verbrechen

gegen das Wohl des Volkes zu begehen, zu verurteilen.

4) Baut neue Einheiten auf, die aus allen Mexikanern bestehen sollen, die den Wunsch zum Ausdruck bringen, an unserem Kampf teilzunehmen, darunter auch feindliche Soldaten, die sich ergeben, ohne unseren Streitkräften Widerstand zu leisten, und die geloben, Befehle vom Generalkommando der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung anzunehmen.

5) Wir werden die Hauptquartiere des Feindes auffordern, sich bedingungslos zu ergeben, bevor wir irgendeine Kampfhandlung beginnen, um Opfer an Menschenleben zu vermeiden.

6) Setzt der Ausplünderung unserer Naturressourcen in den Gebieten, die von der EZLN kontrolliert werden, ein Ende. Volk von Mexiko!

Wir, (integre und freie)* Männer und Frauen, die ihre fünf Sinne beisammen haben, sind uns dessen bewußt, daß der Krieg, den wir erklärt haben, der letzte Ausweg, aber auch ein gerechter Krieg ist. Die Diktatoren haben bisher jahrelang einen unerklärten Völkermordkrieg gegen unser Volk geführt. Wir fordern Euch daher zum Mitmachen und zu dem Entschluß auf, dieses Programm zu unterstützen; es ist ein Kampf für Arbeit, für Boden, für ein Dach über dem Kopf, für Essen, für ein Gesundheitswesen, für Ausbildung, für Unabhängigkeit und für Frieden. Wir erklären: Wir werden den Kampf so lange nicht beendend, bis diese grundlegenden Bedürfnisse unseres Volkes erfüllt sind und eine mexikanische Regierung errichtet ist, die frei und demokratisch ist.

Schließt Euch den aufständischen Kräften der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung an. Generalkommando der EZLN, 1993

(Erklärung übersetzt von Klaus Dillmann nach der dänischen Fassung, die in Dagbladet Arbejderen vom 14.01.1994 erschienen ist und die sich auf die englische Übersetzung des spanischen Textes durch Jessica Zoe von der University of California, Berkeley, stützt; mit * gekennzeichnete Ergänzungen in Klammern wurden dem deutschsprachigen Text "Heute haben wir gesagt: Basta!" entnommen, der von Medico international unter der Überschrift "Erklärung aus dem lacandonischen Urwald" in deren Dokumentation "CHIAPAS, Mexiko. Unterdrückung und Aufstand" im Januar 1994 veröffentlicht wurde.)

500 JAHRE KAMPF IN MEXIKO

EINIGE ALLGEMEINE DATEN UND ZUGÄNGE (Teil I)

Laut Fischer Weltatmanach 1994 zählt Mexiko heute rund 86 Millionen Menschen, von denen etwa 10 bis 15 % Weiße (meist altspanischer Abstammung), 55 bis 75 % Mestizen (Mischlinge zwischen Weißen und Indianern) und 9 bis 29 % Indianer sein sollen. Amtssprache ist das Spanische, Umgangssprache ein mit aztekischen Wörtern durchsetztes Spanisch, rund 3,5 % der Einwohner sprechen nur eine indianische Sprache, und zwar Nahuatl (= Aztekisch), das von rund 2 Millionen Menschen gesprochen wird, oder eine der 25 Mayasprachen (allein das yukatekische Maya sprechen etwa 0,8 Millionen Menschen) oder rund 15 weiteren indianischen Sprachen (darunter Zapotekisch, Mixtekisch, Otomi, Mazahua, Totonakisch, Tzotzil und Tzeltal (mit jeweils zwischen 0,2 und 0,6 Millionen Sprechenden). Rund 8 % der Bevölkerung sind zweisprachig. Die Bevölkerung bekennt sich überwiegend zum katholischen Glauben (wobei das Volk der Chamula 1992 anlässlich der Selbstgerechtigkeit der katholischen Kirche bei Betrachtung ihrer 500 Jahre Anwesenheit auf dem amerikanischen Kontinent geschlossen von der katholischen zur orthodoxen Kirche übertrat), rund 3,3 % gelten als protestantisch und etwa 37.000 Menschen sind jüdisch.

Man erinnere sich: Als Cristobal Colon - der in deutschen Geschichtsbüchern Kolumbus heißt - 1492 von Spanien aus aufbrach, um den Weg nach Indien direkt über den Ozean zu suchen, hatte das Königreich Spanien gerade die letzte Festung der islamischen Mauren auf der iberischen Halbinsel erobert und verfolgte im Eifer der Heiligen Inquisition nicht nur die Anhänger des Islam, sondern auch die Juden. Schon die Besatzung der Schiffe des Colon bestand daher zu einem verhältnismäßig hohen Anteil aus Juden (Simon Wiesenthal hat Hinweise dafür gesammelt, daß der aus Genua stammende Colon selbst jüdischer Herkunft war), und in den Jahrzehnten der Conquista (= Eroberung des Gebietes, das heute Lateinamerika heißt), haben viele

Menschen jüdischen Glaubens ihre Rettung vor den "Autos da fe" (= feierliche Akte des Glaubens; Bezeichnung für das Verbrennen von durch die Inquisition als "ungläubig" Entlarvten auf dem Scheiterhaufen) darin gesehen, sich den Eroberern anzuschließen.

Die Geschichte Mexikos ist hierzulande, auch unter Linken, leider wenig bekannt, und das, obgleich Mexiko das erste Land der Welt ist, in dem eine proletarische Revolution, nämlich die von 1911, gesiegt und eine demokratische Verfassung geschaffen hatte, auf die sich die Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) auch heute noch mit vollem Recht und mit voller Überzeugung berufen kann. (Aber wie wir aus der deutschen Gegenwart zur Genüge wissen, können Verfassungsnormen und Verfassungswirklichkeit manchmal sehr weit auseinanderklaffen, ein Widerspruch, der von den Herrschenden dazu benutzt werden kann, Ansprüche an ein in den Normen steckendes Versprechen von Freiheitsrechten mit Hinweis auf einen angeblichen oder auch tatsächlichen Mißbrauch derselben in Bausch und Bogen abzuwimmeln.)

Die in dem Neujahrsaufwurf der EZLN genannten Namen weisen auf markante Ereignisse der mexikanischen Geschichte hin. Trotzdem sei hier noch ein wenig weiter zurückgegangen, da in der Erklärung der Zapatisten davon die Rede ist, daß sie ein Produkt von 500 Jahren Kampf sind.

DIE CONQUISTA UND DAS VIZEKÖNIGREICH NEUSPANIEN

Nachdem der Heilige Stuhl im Schiedsspruch von Tordesillas 1494 das zwei Jahre zuvor durch die Christliche Seefahrt entdeckte Amerika unter die beiden katholischen Monarchien Spanien und Portugal aufgeteilt hatte, begann insbesondere von Spanien aus ein Raubzug gegen die Bewohner dieses Kontinents, der bis dahin seinesgleichen in der Geschichte nicht hatte. (Später sollten sie in ihrer Ausrottungsleistung noch übertroffen werden von denen, die den Norden

Amerikas eroberten.) Die christliche Conquista betrachtete die Menschen dort zunächst nicht als Menschen, sondern als Tiere, mit denen die Conquistadores machten, was sie wollten. Erst ein halbes Jahrhundert später bequeme sich das Oberhaupt der Christenheit, auch den Indianern eine Seele zuzusprechen, was bedeutete, daß sie von gläubigen Katholiken nicht mehr als Tiere gejagt werden durften. Was zuvor dort geschah und zur Ausrottung der indianischen Bevölkerung zunächst auf den Westindischen Inseln führte, beschrieb und analysierte der Dominikanerpater Bartolome de las Casas in seinem engagiert für die Indianer Partei ergreifenden Bericht über die Ausplünderung der indischen Gebiete (man glaubte damals, in Indien zu sein) an den damaligen Habsburger Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, Karl V. (als König von Spanien hieß er Karl II.), sehr präzise. (Dieser Bericht ist allen, die sich für diese Frage interessieren, ebenso zu empfehlen wie beispielsweise das aus heutiger Sicht geschriebene Buch "Die offenen Adern Lateinamerikas" von Eduardo Galeano.)

Auf dem Boden des heutigen Mexiko hatten die Menschen, die dort seit rund 20.000 Jahren siedelten, eine Reihe von Hochkulturen hervorgebracht, so die von Teotihuacan, die der Olmeken, die der Maja und die mexikanische, die vor dem Zugriff der Spanier durch das Kaiserreich der Azteken unter Moctezuma II. repräsentiert war. Kunst, Wissenschaft und Technik waren hoch entwickelt und riefen die Bewunderung der Eroberer hervor. So war etwa die Hauptstadt des Aztekenreiches, Tenochtitlan, auf einem unterirdischen See errichtet, was besondere Schwimmvorrichtungen für die Gebäude notwendig gemacht hatte und eine architektonische Leistung darstellte, die bis dahin auf der Erde einmalig war. Die Inselstadt Mezcaltitlan, legendärer Ursprungsort der Azteken, ist bis heute ein eindrucksvolles Dokument aztekischer Architektur geblieben.

Über Mexiko brach die Conquista 1519 bis 1521 unter Hernan Cortez herein, dieser zerschlug das Aztekenreich und ließ sich zum Vizekönig von Neuspanien (wie Mexiko damals genannt wurde) machen. Die Eroberer plünderten die reichen Gold- und Silbervorkommen des Landes und machten die Indianer, soweit sie sie nicht umbrachten, zu ihren Sklaven und ließen sie sich beispielsweise in den Silberminen zu Tode schufeln. Insbesondere die Silberminen von San Luis Potosi waren eine Quelle von unermeßlichem Reichtum und bildeten eine entscheidende Grundlage für die Beseitigung des Feudalsystems und die Errichtung nicht nur des Handels-, sondern auch des Industriekapitalismus in

Europa. (England, wo sich der Industriekapitalismus zuerst entfaltetete, hatte sich durch Kaperkrieg gegen Spanien an dessen Beute bereichert.) Zugleich wurden die Länder, aus denen diese Bodenschätze abtransportiert wurden, jahrhundertlang systematisch ausgeplündert und haben sich von dieser Verarmung und der dadurch mitverursachten schwachen Stellung auf dem von den kapitalistischen Industrieländern errichteten Weltmarkt bis heute nicht erholen können.

Im Laufe des 17. Jahrhunderts drangen die Spanier sogar bis nach Texas, Colorado, Utah und Kalifornien vor, was sich heute noch leicht z.B. an Städtenamen wie San Francisco, Los Angeles, Pueblo, Corpus Christi usw. ablesen läßt. (Heute hat man an der jetzigen Südgrenze der USA entlang eine bis zu fünf Meter hohe Stahlmauer gebaut, um nicht mehr mit Hunderten und Gewehren Jagd auf ausgehungerte Mexikaner machen zu müssen und um deren Zuzug auf die Zahl zu reduzieren, die man etwa als billige Saisonarbeiter für die Baumwollerte braucht und anschließend zwecks Ersparnis von Lohnnebenkosten zurück nach Mexiko verbringen kann.)

KAMPF UM MEXIKOS UNABHÄNGIGKEIT VON SPANIEN

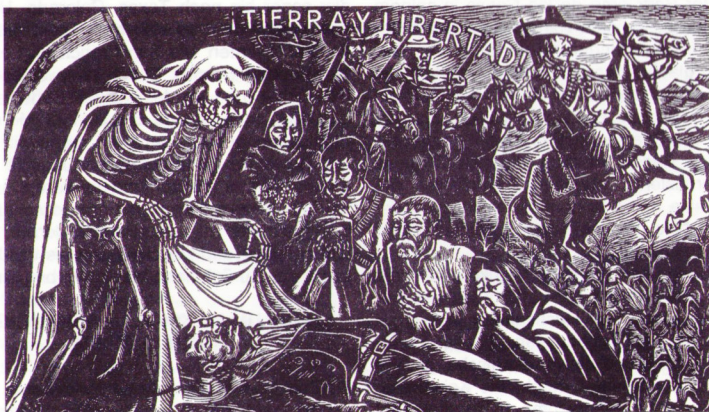
Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde Mexiko als ein Land von "mucha riqueza y maxima pobreza" (= großem Reichtum und bitterster Armut) gekennzeichnet.

Die indianische Bevölkerung Neuspaniens erhob sich schließlich 1810 unter Führung des katholischen Priesters Miguel Hidalgo y Costillo im ersten mexikanischen Aufstand, der die Abschaffung der Sklaverei und die Rückgabe des den Indianern geraubten Landes zum Programm erhob. (Die Befreiungstheologie hat in Lateinamerika eine längere Tradition; nicht vergessen sollte man, daß etwa die Maya, die in Yucatan eine Hochkultur schufen, eine dem Christentum sehr ähnliche Religion monotheistischer Prägung mit einem sehr lebendigen Glauben an ein Weiterleben der Toten und an ein Zurreichenschaftziehen für zwischenmenschliches Fehlverhalten über den Tod hinaus hatten, wobei sie allerdings die soziale Komponente stärker betonten als die Christenheit, deren "Sendboten" über sie hergefallen waren.) Dieser anfänglich erfolgreiche Aufstand wurde von den ansässigen kreolischen ("reinblütigen") Großgrundbesitzern im Bündnis mit der spanischen Kolonialmacht 1811 niedergeschlagen, Hidalgo gefangengenommen und hingerichtet. Noch im selben Jahr brach unter Führung des Mestizen Jose Maria Tecla Morelos y Pavon der zweite mexikanische Aufstand aus,

der bis 1815 ging. Neben der Forderung nach Abschaffung der Sklaverei erhob er die Gleichheit aller Rassen zum Programm. 1813 wurde die Unabhängigkeit Mexikos von Spanien proklamiert. Mexiko sollte Republik werden; jedoch 1815 siegten noch einmal die Royalisten (die dem König von Spanien huldigten), nahmen Morelos gefangen und brachten ihn um. 1821 vollzogen die kreolischen Großgrundbesitzer jedoch selbst die Trennung von der "katholischen Majestät", dem König von Spanien.

Zunächst ließ sich ein siegreicher General na-

Juarez aus dem mexikanischen Bundesstaat Oaxaca, ein Indianer vom Stamm der Zapoteken. Unter dem den Großgrundbesitzer vertretenden Diktator Santa Ana wurde Juarez 1835 verbannt; es gelang ihm 1842 aber, in seinem Heimatstaat zum Gouverneur gewählt zu werden, und er gelangte schließlich 1858 als Präsident von Mexiko an die Macht. Die von den Liberalen verkündete neue Verfassung von 1857 basierte auf den Grundsätzen: Trennung von Staat und Kirche, Religionsfreiheit, Enteignung des Kirchenbesitzes, effektive Gewaltenteilung, föderative Struk-



"Land und Freiheit", in: Buche/ Metzger/ Schell, Mexico, Die versteinerte Revolution

mens Iturbide zum Kaiser ausrufen, wurde jedoch bald vom Volk hinweggefegt, und die erste Republik Mexiko entstand. Doch Mexiko blieb auch weiterhin von Bürgerkriegen zwischen den eher am Feudalsystem orientierten konservativ-zentralistischen Großgrundbesitzern und den eher an der Französischen Revolution von 1789 orientierten liberalen Föderalisten, die sich auch als Anwälte der ärmsten Bevölkerungsschichten aufwarfen, geschüttelt. Auch Spanien unternahm Versuche, seine abgefallene Kolonie zurückzugewinnen. Die Abspaltung von Texas führte schließlich zum Krieg mit den USA. In diesem Krieg von 1846/1847 wurde Mexiko von den USA geradezu vernichtend geschlagen und mußte im Vertrag von Guadalupe Hidalgo sämtliche Territorien nördlich des Rio Grande an die USA abtreten (die heutigen US-Staaten Texas, Kalifornien, Neumexiko, Arizona, Nevada und Utah).

DIE ÄRA BENITO JUAREZ

Als überragende Gestalt in der Geschichte Mexikos gilt bis heute der Lehrer und Jurist Benito

des Staates, Einschränkung der Macht des Großgrundbesitzes. Doch schon der Versuch der Regierung Juarez, den Kirchenbesitz zu enteignen, führte erneut zu einem Bürgerkrieg mit den Konservativen. In der "Guerra de Reforma" 1859 bis 1861 war die Hauptstadt der von ihm geführten Liberalen Veracruz. Nach deren Sieg leitete Juarez für Mexiko liberale Reformen ein und stellte die Zahlung der Auslandsschulden Mexikos ein (die nach dem verlorenen Krieg gegen die USA enorm gestiegen waren). Die USA, damals in den Sezessionskrieg zwischen Nord- und Südstaaten verwickelt, konnten nicht eingreifen, um ihren in der Monroe-Doktrin (1823) zum Ausdruck gebrachten Standpunkt "Amerika den Amerikanern" (der ihnen eine Vormachtstellung auf dem amerikanischen Kontinent sichern sollte) zu verteidigen. Diese Situation suchte das bonapartistische Frankreich unter dem Enkel Napoleons I., Louis Bonaparte, der sich Napoleon III. nannte, zu nutzen; ein französisches Interventionsheer, das von England (dessen Banken ebenfalls Gläubiger Mexikos waren) und Spanien unterstützt wurde, landete in Veracruz und fiel in

Mexiko ein, um sich Faustpfänder für geleistete Kredite zu sichern. Die konservativen Gegner von Juarez stellten sich auf die Seite der Eindringlinge und kürten den Habsburger Maximilian von Österreich zum Kaiser von Mexiko. Nach Beendigung des Sezessionskrieges zwangen die USA die Franzosen zum Abzug, Maximilian wurde von den Aufständischen unter Juarez gefangen genommen und 1867 auf Befehl von Juarez wegen seiner Verantwortung für Massaker an der indianischen Bevölkerung hingerichtet. (Im damaligen Europa reagierte die "zivilisierte" Welt, deren Armee um des schnöden Mammons willen zuvor so viel Blut in Mexiko vergossen hatte, mit einem Aufschrei der Entrüstung über diese "Barbarei".) Juarez wurde mit großer Mehrheit zum Präsidenten von Mexiko gewählt, führte mit diktatorischen Mitteln die Trennung von Staat und Kirche durch und begann damit, die kirchlichen Lati-fundien unter die landlosen Bauern zu verteilen. Er starb jedoch bereits 1872.

Frei von Schatten ist seine Präsidentschaft nicht gewesen. 1868 war in Chiapas, dem ärmsten Staat im Süden Mexikos, anlässlich der Vision einer mexikanischen "Jungfrau von Orleans" namens Agustina Gomez Chechep, daß Gott durch die Steine von Chiapas zu ihr gesprochen habe, eine Bewegung des sozialen Protestes entstanden, an deren Spitze sich ein Einwohner aus der Ciudad de Mexico namens Ignacio Fernandez Calindo setzte, und zwar mit dem Versprechen, die Indianer in ein "goldenes Zeitalter" zu führen, in dem ihnen ihr Land zurückgegeben werde, jedoch wurde die "Rebellion der sprechenden Steine" von den Truppen der Republik niedergeschlagen. Mehr als 120 Jahre vorher, 1712, hatte schon einmal ein Chamula-Mädchen namens Maria Candelaria, "Maria die Erleuchtete", eine Vision der "Jungfrau Maria" gehabt, die die Kirche im damaligen Generalkapitanat Guatemala (das gegenüber dem Vizekönigtum Neuspanien eine eigenständige Verwaltungseinheit der spanischen Krone darstellte) zu gewaltsamer Zerstörung eines von pilgernden indianischen Bauern errichteten Altars der Maria Candelaria veranlaßte, die daraufhin (1742) einen Feldzug gegen die spanischen Herren begannen.

DIE ÄRA PORFIRIO DIAZ

Nach dem Tod von Juarez fiel die Macht in der Republik Mexiko in die Hände der Konservativen, die die Reformen von Juarez größtenteils rückgängig machten, insbesondere nachdem General Porfirio Diaz, der im Reformkrieg auf seiten der Liberalen gekämpft hatte, 1877 die Macht an sich gerissen hatte, die er mit Unterbrechungen bis zu seinem Sturz in der mexikanischen Revolution von 1911 innehatte. Seine Macht stützte sich auf eine Koalition aus Hacendados (= Großgrundbesitzer), Militärs und Spekulanten. Ab den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts traten jedoch einige Industrielle in den Vordergrund, die sich mit den Hacendados zu einer "oligarchischen Bourgeoisie" zusammenfanden und sich mit einigen "Cientificos" (= Wissenschaftler) umgaben, die eine kapitalistische Industrialisierung Mexikos nach dem Vorbild der USA oder Westeuropas für erstrebenswert erklärten. Ausländisches Kapital sollte Mexiko das Heil bringen.

Porfirio Diaz ermöglichte es ausländischen Investoren (vor allem aus den USA), vor allem die Erdölfelder von Tampico auszubeuten. Um die Jahrhundertwende hatte das Auslandskapital bei den 170 größten Unternehmen Mexikos einen Anteil von über 75 %. Die Erdölförderung lag zu 100 %, der Bergbau zu 98 % und die Verarbeitungsindustrien zu 84 % in ausländischer Hand. Da die "Cientificos" auf dem Agrarsektor nur



Der ermordete Emiliano Zapata, in: Tobler, Die mexikanische Revolution

Großbetriebe für rationell erklärten, wurde das alte Latifundiensystem erneut gefördert, dessen Wirtschaftsweise auf persönlicher Knechtschaft und auf Schuldknechtschaft basierte. Politische und persönliche Rechte wurden den Betroffenen nicht gewährt, die häufig keinerlei Möglichkeiten hatten, sich dem Zugriff der Senores zu entziehen, zumal manche dieser Latifundien bis zu 6 Millionen ha groß waren (fast so groß wie ganz Bayern).

Dieses System brachte für die mexikanische Oberschicht einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung mit sich, bedeutete zugleich aber für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zunehmende Verelendung und Abhängigkeit. Wer sich über die Verhältnisse unter der "wissenschaftlichen" Diktatur des Porfirio Diaz und auch danach in Mexiko zu Beginn dieses Jahrhunderts ein realistisches Bild machen will, dem seien die Romane von B. Traven (insbesondere der Roman "Die Rebellion der Gehängten" oder "Ein General kommt aus dem Dschungel", worin Traven das Leben von Zapata beschreibt) als Lektüre empfohlen.

(Ende Teil I)

Die mexikanische Bundesarmee hat bei ihrem Vorgehen in Chiapas, wo sich die EZLN in den Bergen verschanzt hat, unter der indianischen

Bevölkerung ein Blutbad angerichtet, bei dem über hundert Menschen ums Leben kamen. Seit der 2. Februarhälfte haben die mexikanische Regierung (vertreten durch Manuel Camacho Solis) und die EZLN in San Cristobal de las Cases (Chiapas) Friedensgespräche aufgenommen.

**VON MEDICO INTERNATIONAL AUFGE-
STELLTE FORDERUNGEN**

Medico international hat anlässlich dieser Massaker einen Aufruf unter dem Titel "Land und Freiheit" veröffentlicht, worin gefordert wird:

- Restlose Aufklärung der Übergriffe der mexikanischen Armee auf die Zivilbevölkerung und des Vorgehens der Armee in Chiapas.

- Einhaltung der Menschenrechte und Schutz der Zivilbevölkerung.

- Freier Zugang für unabhängige Beobachter und Respektierung der Genfer Konvention.

- Lösung des Konflikts auf dem Verhandlungswege.

- Grundlegende strukturelle Reformen in Chiapas und Mexiko insgesamt, unter Einbeziehung aller sozialen Kräfte und Organisationen.

Adressaten solcher Forderungen sind die Botenschaft der Vereinigten Mexikanischen Staaten

(Adenauerallee 100, 53113 Bonn; Fax 0228/9148619) oder die mexikanischen Konsulate in Berlin, Frankfurt am Main und Hamburg. Spenden für medizinische Versorgung der Opfer können unter dem Stichwort "Chiapas" auf den von Medico international eingerichteten Spendenkonten 1800 (Frankfurter Sparkasse; BLZ 500.502.01) oder 6999-508 (Postgiroamt Köln; BLZ 370.100.50) eingezahlt werden.

Klaus Dillmann



Maskiert am Verhandlungstisch in San Cristobal: Zapatistische Rebellen mit dem populären Subkommandante Marcos (2.v.l.), der als einziger bewaffnet war. (AP-Funkbild)

Demonstration gegen das Zentrum der Nationalistischen Front (NF) in Detmold-Pivitsheide

Am Samstag den 5.2. fand in Detmold-Pivitsheide eine Demonstration gegen das dortige Zentrum der verbotenen Nationalistischen Front (NF) statt. Die NF ist Anfang letzten Jahres vom damaligen Bundesinnenminister Seitzers verboten worden. Seiters verbot die NF aufgrund des Vereinsgesetzes, weil nach seiner Auffassung die NF eher den Status eines Vereines als den einer Partei hatte. Allerdings hat diese Differenzierung in Verein und Partei weitreichende rechtliche Folgen. Der Innenminister kann keine Partei verbieten, das kann nur das Bundesverfassungsgericht in langen und zeitraubenden Prozessen. Seiters brauchte nach den Morden von Mölln und zahlreichen anderen fremdenfeindlichen Übergriffen eine plakative Aktion, die wenigstens oberflächlich den Eindruck

erweckte, daß sich dieser Staat von den Molotow-Cocktail-schmeißenden Chaoten, die Asylbewerberheime anzünden, distanziert. Daß Seiters hier ziemlich tölpelhaft vorging, indem er einfach einer eingetragenen Partei den Parteienstatus aberkannte, zeigt der Prozess, den der Ex-Vorsitzende der NF, Meinolf Schönborn, mit dem Staranwalt Jürgen Rieger gegen das Verbot der NF führt. Schönborn hat gute Chancen, daß das Verbot wieder aufgehoben wird.

Das Haus in der Pivitsheider Quellenstr. 20, das Meinolf Schönborn gehört, dient der NF trotz Verbot als Standpunkt und Zentrum, in dem Schulungen abgehalten und Wehrsportübungen veranstaltet werden. Vor allem aber arbeiten dort die gleichen Leute in einer vereinsähnlichen Struktur weiter wie vor dem Verbot, obwohl es verboten ist, daß die gleichen Leute, die im verbotenen Verein leitende Positionen übernahmen, wieder Vorstandsposten in einem neuen Verein übernehmen.

Daß Schönborn und seine Freizeit-Rambos das Verbot ignorieren und statt dessen noch schlagkräftig sind, zeigt die Tatsache, daß die Polizei vor der Demonstration am 5.2. vierzig Rechtsextremisten in Gewahrsam genommen und Waffen und Schlagwerkzeuge sichergestellt hat.

An der Demonstration nahmen, nach offiziellen Schätzungen, 3500 Menschen teil. Nach einer fast zweistündigen Sammelphase lief der Zug um halb drei

schließlich los. Die Verzögerungen wurden durch umfangreiche Durchsuchungsaktionen der Polizei verursacht. Nicht nur, daß die Staatsmacht sich das Recht vorbehielt, in die Taschen der DemoteilnehmerInnen zu gucken und selbige am Körper zu befummeln, es wurden auch mindestens drei Busse vor der Einfahrt nach Pivitsheide von der Polizei nach Waffen durchsucht, die Aktion hatte jedoch keinen Erfolg! Dennoch gab es 40 Festnahmen von AntifaschistInnen, die sich aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes verummumt hatten. Die Polizei filmte nämlich mit mindestens drei Videokameras am Boden und einer weiteren in einem Hubschrauber die DemonstrantInnen. Auf dem ca. eineinhalb Kilometer langen Weg vom Ortskern und Versammlungspunkt zur Quellenstrasse, durften die Demonstranten nicht alleine laufen, stattdessen mußten sie dies unter den Augen der Staatsmacht tun, die mit Knüppeln und Schußwaffen schwerbewaffnet und mit Helmen und Schilden schwergeschützt waren. Da die Quellenstraße eine sehr schmale Straße ist und der Demozug mit durchschnittlich 3500 Leuten sehr groß war, konnte nur ein Bruchteil der DemonstrantInnen bis zu dem Zaun kommen, der, von der Polizei wenige Meter vor dem Haus quer über die Straße aufgestellt, die Straße zu einer Sackgasse werden ließ. Diese Situation, als der ganze Demozug in der kleinen Straße stand, in der links und rechts Häuser sehr nah an die Straße gebaut

ANZEIGE

CILA
CAFÉ IM LANGEN AUGUST

Mo-Fr 10-22 Uhr
So 10-19 Uhr

Braunschweiger Str. 22/Nordmarkt
46 Dortmund 1 · Telefon 83 01 47

sind und eine Flucht unmöglich gemacht hätten, war äußerst gefährlich, wäre die Demo nämlich nicht friedlich verlaufen, sondern hätten Leute versucht, den Zaun zu überwinden, um an das Haus zu kommen, wäre das Polizeikontingent, das noch zusätzlich in einer Nebenstraße bereitstand, von hinten in die Demo marschiert und hätte auf die DemonstrantInnen eingeschlagen. Deshalb war es wichtig, daß die Demo friedlich verlief. Nach einem halbstündigen Aufenthalt in der Quellenstraße ging der Demozug wieder in Richtung Ortskern und löste sich dann auf.

Die Polizei hatte Tage vorher die Anwohner der Quellenstraße aufgefordert, bei der Demonstration die Rolläden ihrer Häuser herunterlassen, da mit Stein- und Flaschenwürfen zu rechnen sei. Eine Unverfrorenheit, wie manche Demoteilnehmer meinten, würden doch die Linken wieder als die Chaoten kriminalisiert, vor denen man warnen muß. Einen ähnlichen Kontext hatte auch die Berichterstattung eines Reporters von 'Radio Lippe'. Direkt während der Demo gab dieser einen Situationsbericht über Telefon an seine Hörer weiter. Er sprach davon, daß sich in dem Demozug ca. 500 "gewaltbereite Vermummte" aufhielten, die vorhätten, das Zentrum zu stürmen. Nachdem der Lautsprecherwagen das den Demonstranten mitteilte, wurde der Reporter, der diesen Unsinn von sich ließ, gebeten, zum Lautsprecherwagen zu kommen, um zu erklären, warum er von "gewaltbereiten Vermummten" sprach. Leider kam er der Bitte nicht nach, es kursierte das Gerücht, er habe sich aus dem Staub gemacht. Gern hätten wir euch auch ein paar Fotos von der Demo gezeigt, doch leider war es uns,

als AntifaZ, nicht vergönnt, einen Presseausweis zu bekommen. Die Demoleitung gestattete allen Fotografen, die einen ordnungsgemäßen Presseausweis vorweisen konnten oder der Demoleitung bekannt waren, Fotos zu machen. Diese bekamen als Zeichen einen Aufkleber mit einer Nummer. Den Fotografen, die nicht über Kontakte nach Bielefeld, Detmold oder Paderborn verfügten oder keinen Presseausweis hatten, wurde das Fotografieren untersagt, weil auf einem Flugblatt, das wenige Tage zuvor in Bielefeld aufgetaucht ist, stand, daß Faschos versuchen

würden, sich in die Demo einzuschleusen, um Fotos von Antifas zu machen. Eine aus unserer Sicht überzogene Maßnahme, fragwürdig auch, daß die Ankündigung der Nazis auf dem Flug die Antifa vor Angst erschüttern und zu solchen Zensurmaßnahmen greifen ließ. Zumal dieses nicht konsequent durchgeführt wurde, denn eigentlich hätte man auch den Professionellen das Filmverbot verweigern müssen, weil man auch nicht wissen konnte, welche politische Absichten sie verfolgten.

Bruno

ANZEIGE



**AM HAUPTBAHNHOF
SPRINGSTR.2
45657 RECKLINGHAUSEN
TEL.: 02361 / 1 39 27**

- * Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau
- * Täglich frisches Brot, Gemüse und Milchprodukte
- * Wurst und Fleischwaren aus der Bio - Metzgerei
- * Ökologische Weine, Sekt und Säfte
- * Naturkosmetik, Haar- und Körperpflegemittel
- * Individuelle Beratung zur Vollwerternährung

Öffnungszeiten: Mo. bis Fr. 9.00 - 13.00 u. 15.00 - 18.30 Uhr
Sa. 9.00 - 13.00 Uhr

Der "Fall Kaindl" die Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes

Anfang April 1992 wurden in einem Berliner China-Restaurant der Landeschriftführer der rechten DL Gerhard Kaindl erstochen, und ein weiterer Funktionär der DL, Thorsten Thaler, durch Stiche in die Lendengegend schwer verletzt. Im November '93 wurden binnen kurzer Zeit fünf türkische und kurdische AntifaschistInnen verhaftet, weil sie mit der Tat in Verbindung stehen sollen. Ihren AnwältInnen gewährte man erst seit kurzem Akteneinsicht.

In der Nacht zum 4. April 1992 trafen sich in einem Chinarestaurant am Kottbusser Damm in Berlin-Neukölln verschiedene "Größen" der radikalen Rechten. Darunter waren unter anderem der ehemalige Berliner Vorsitzende der REP's, Carsten Pagel, sowie die Funktionäre der Deutschen Liga, Thorsten Thaler, und der 47-jährige Gerhard Kaindl, der zu diesem Zeitpunkt Berliner Landeschriftführer der Partei war.

Nach Zeugenaussagen erkannte ein türkischer Mann den ehemaligen REP-Vorsitzenden Pagel und geriet in eine verbale Auseinandersetzung mit den Nazis. Nach einem Wortgefecht verließ der türkische Mann das Restaurant.

Etwas eine Stunde später wurde das Treffen im Restaurant von angeblich sechs bis acht verummten und unbekanntem Tätern angegriffen, wobei nicht

klar ist, wie dieser Angriff ausgetragen hat. Bei der Auseinandersetzung zwischen Nazis und den Angreifern wurden Thaler schwer verletzt. Kaindl erlitt Messerstiche und starb an seinen Verletzungen.

Die Berliner Polizei richtete sofort eine 20-köpfige SoKo ein - was bisher bei keinem einzigen der mindestens sieben Nazi-morde an ImmigrantInnen-Jugendlichen, Linken oder Obdachlosen in der Stadt vorgekommen ist. Mit aufwendigen Mitteln, einem Phantombild in nahezu allen Tageszeitungen und der Auslobung von 10.000 DM Belohnung wurde nach dem türkischen Mann gefahndet, der im Restaurant die verbale Auseinandersetzung mit den Nazis gehabt hatte. Der Mann türkischer Nationalität stellte sich der Polizei. Das Verfahren gegen ihn wurde jedoch eingestellt.

Der Berliner Staatsschutz vermutete bald, daß eine "gut organisierte, linksradikale türkische Gruppe aus Kreuzberg hinter dem Anschlag steckt". An dieser Stelle scheint es uns wichtig, mit ein paar Worten die damalige gesellschaftliche Situation zu erläutern:

Ab 1988 entstanden mehrere Gangs von ImmigrantInnen-Jugendlichen, die sich unter anderem zusammenschlossen, um dem anwachsenden Nazi-Terror und Rassismus gemeinsam etwas entgegenzusetzen. So wurde zum 100. Geburtstag von Adolf Hitler 1989 vielen ausländischen Kindern und Jugendlichen freigestellt, nicht zur Schule zu kommen, da auch Rektoren Übergriffe befürchteten. Am Abend wurde von Jugendlichen eine Spontandemo durchgeführt, was zum Beginn einer antifaschistischen Selbstorganisation der Jugendlichen wurde. In den folgenden Monaten stellten sich diese in ihren eigenen Bezirken immer offener den Faschisten in den Weg. Ein Jahr später, am 20.4.1990, führten verschiedene Gangs und die Initiative Antifasist Genclik (AG Antifaschistische Jugend) gemeinsam eine Demonstration durch, die die Selbstorganisation von ImmigrantInnen-Jugendlichen vorantreiben sollte. Antifasist Genclik war 1989 als Idee der Selbstorganisation junger ImmigrantInnen gegen den zunehmenden Rassismus entstanden. Die Unabhängigkeit

Anzeige

MIT EINER
SOLARANLAGE
SCHEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LÄNGER

SWB
Sonne- und Windenergieanlagenbau GmbH
Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung
Karl-Hermann-Str. 14
45701 Herten
Telefon 0 23 66 / 4 39 65

Heizungsanlagen
Sanitärinstallationen
Elektroinstallationen

Solaranlagen
Regenwassernutzung
Brennwertkessel

dieser Initiative - sie ist eben keine Vorfeldgruppe einer türkischen Linkspartei - sprach die anpolitisierten Gangs an. Die Ostberliner Stadtteile waren damals (und sind zum Teil heute noch) für türkische, kurdische, schwarze und arabische Jugendliche regelrecht tabu. Das Recht, auf den Alexanderplatz zu gehen, mußten sich die Jugendlichen erkämpfen.

Die Annäherung zwischen Antifasist Genclik und den Jugendgangs, die in diesem Zeitraum zustande kam, erschien den Berliner Polizeibehörden so gefährlich, daß sie die Arbeitsgruppe "Gruppengewalt" auf sie ansetzte. Außerdem wurde der Entwicklung im Verfassungsschutzbericht 1991 viel Bedeutung eingeräumt.

Mit unterschiedlichen Vorgehen versuchten Polizei und Senat der Selbstorganisation entgegenzuwirken. Zum einen bemühten sie sich mit immensen Ausgaben, Streetworkerprogrammen und dem Anwerben von Spitzeln im Jugendmilieu, die Jugendbanden unter Kontrolle zu bekommen, zum anderen wurden Jugendliche in entpolitisierte Jugendarbeit eingebunden. Jugendliche, die mit Drogen geschnappt wurden, wurden durch schnelle Freilassung zur Zusammenarbeit mit der Polizei gedrängt, Teile der Banden wurden kriminalisiert, andere gehätschelt.

Antifasist Genclik büßte unabhängig davon an Bedeutung ein. Die Idee der ImmigrantInnen - Selbstorganisation verlor unter anderem als Folge der Kriminalisierung und einer allgemeinen Resignation an Gewicht.

Der Staatsschutz versuchte 1992 dennoch die Antifa-Initiative im Zusammenhang mit dem "Fall Kaindl" zu zerschlagen. Bei dem Termin des Staatsschutzes mit dem DL-Funktionär Thorsten Thaler im Spätsommer 1992 ließ der

befragende Staatsschutzbeamte Thaler Informationen zukommen. Thaler berichtete nach Informationen der taz später, er habe sich des Eindrucks nicht erwehren können, es sei gewollt gewesen, daß er vom Staatsschutz mehr erfahren sollte, als normalerweise üblich. Im Oktober 1992 veröffentlichte die DL in ihrer Parteizeitung "Deutsche Rundschau" dann, der Partei seien "die Namen und Anschriften der türkischen Mörder" bekannt, sie "gehören allesamt der türkischen Gruppe Antifasist Genclik ... an".

Karl-Heinz Panteleit, Vorstandsmitglied der DL Berlin und im "Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk" tätig, erstattete Anzeige gegen die sachbearbeitenden Staatsanwältin wegen Strafvereitelung im Amt. Das Verfahren mußte jedoch eingestellt werden.

Erst ein Jahr später, im November 1993, begann die überraschende Verhaftungswelle. Der 18-jährige Erkan wurde auf bisher unbekannt Weise zwischen Samstag den 13. und Montag den 15. November 1993 festgenommen und inhaftiert. Auf seine Aussagen stützte sich - so die Staatsanwaltschaft - die weiteren Haftbefehle. Noch am Montag wurden fünf Wohnungen durchsucht, zwei Personen - Mehmet und die 22-jährige Fatma - verhaftet. Vier Tage später stellte sich der ebenfalls gesuchte Abidin. Die Festnahme- und Durchsuchungswelle ging jedoch weiter.

Bis Mitte Januar gab es mindestens ein Dutzend Hausdurchsuchungen, unter zum Teil sehr zweifelhaften Umständen. So wurde die Wohnung eines seit Jahren nicht mehr politisch aktiven Fleischers in Kreuzberg von Polizeieinheiten gestürmt. Es kam zu Drohungen und Verfolgungen.

Die Behörden schienen auch allgemein Probleme bei ihren Ermittlungen zu haben. Spitzel

oder Beamte in Zivil, darunter auch Leute mit typischen "Szene-Kleidern", versuchten bei Privatadressen und in Kneipen Informationen zu bekommen. Zeugen wurden unter Drohungen vorgeladen, z.B. drohte man einem türkischen Wirt mit der Schließung seiner Kneipe, falls er zum Fall nicht aussagen wolle. Tatsächlich wurde sein Lokal inzwischen mit dem Argument "Steuerschulden" geschlossen. Gegen den Ehemann einer mit Haftbefehl Gesuchten ist ein Abschiebeantrag eingeleitet worden, weil die beiden "mindestens seit dem 15. November" nur noch eine Scheinehe führen

UNTERSTÜTZT DIE FÜNF TÜRKISCHEN UND KURDISCHEN GEFANGENEN:

Durch Briefe:

- Abidin Eraslan**, BuchNr.: 5455/93, UHA Moabit, Alt-Moabit 12a, 10559 Berlin
- Mehmet Ramme**, BuchNr.: 5436/3 UHA Moabit, Adresse wie oben
- Fatma Balamir**, BuchNr.: 950/93/8, JVA Frauen, Friedrich-Olbricht-Damm 17, 13627 Berlin
- Erkan Sönmez**, BuchNr.: 121493-2, JVA Tegel Psychiatrisch-Neurologische Abteilung, Seidelstr. 39, 13507 Berlin
- Bahrettin Yoldas**, Jugendstufenanstalt Plötzensee, Friedrich-Olbricht-Damm 40, 13627 Berlin

**Helft der
UnterstützerInnengruppe**
durch Spenden auf
KontoNr.: 240 297 679
BLZ: 100 500 00
bei Sparkasse Berlin
R. Stücker Stichwort 'Antifa'

würden, so die sind und auf welcher Grundlage
Ausländerpolizei. sie basieren.

Am 2. Dezember erfolgte eine erneute Verhaftung. der 18-jährige Bahrettin wurde festgenommen. Die Staatsanwältin behauptet, der Verhaftete habe sich ausführlich zur Sache ausgelassen. Den Anwälten der Beschuldigten wird jedoch die Akteneinsicht weiterhin verweigert. Welche Aussagen von Erkan und jetzt Bahrettin gemacht worden sind und unter welchen Bedingungen sie zustande kamen, bleibt weiterhin ein Geheimnis der Staatsanwaltschaft. Bis zur Akteneinsicht, die allerfrühestens Mitte Februar zu erwarten ist, wird unklar bleiben, was die konkreten Tatvorwürfe

Die Anklage dürfte im Frühjahr erhoben, der Prozeß im Frühsommer eröffnet werden. Zu befürchten ist, daß mit diesem Prozeß Politik gemacht werden soll - unter dem Deckmäntelchen "gegen den Extremismus von Rechts und Links" wird das Wahlkampf-Thema "Innere Sicherheit" einmal wieder gegen die "linksextremistischen Ausländer" aufgewärmt. Hohe Haftstrafen und Verurteilungen auch ohne juristisch einwandfreie Beweislage sind zu befürchten.

Die Haftbedingungen der Gefangenen sind des weiteren

nicht gut. Vor allem Erkan, der von den Ermittlungsbehörden massiv psychisch unter Druck gesetzt wurde, geht es sehr schlecht. Nach einem schweren psychischen Zusammenbruch liegt er jetzt auf der Psychologisch-Neurologischen Abteilung des Haftkrankenhauses in Berlin-Tegel. Es ist bekannt, daß er zwischen Weihnachten und Neujahr versucht hat, sich umzubringen. Ein Gutachten der behandelnden Ärzte bestätigt die Aussagen von Freunden und Bekannten von Erkan, daß er unbedingt behandelt werden muß.

Die Kriminalisierung des Antifaschistischen Widerstandes stoppen

Es versteht sich von selbst, daß wir den Prozeß solidarisch mit den Gefangenen und Verfolgten begleiten werden. Unserer Ansicht nach wird das Urteil stark von der öffentlichen Meinung abhängen. Die Kriminalisierung der antifaschistischen Bewegung können und müssen wir stoppen.

Bei mehr als sechzig Nazimorden wird ganz offensichtlich mit anderen Maßstäben gemessen als gegen AntifaschistInnen. Es ist der Gipfel der Rechtslosigkeit bundesdeutscher Justiz, wenn jetzt pauschal gegen mehr als zehn Leute wegen Mordes ermittelt wird. Antifaschistischer Widerstand als solcher soll getroffen werden. In diese Richtung deutet auch die Zusammenarbeit des Staatsschutzes mit den Faschisten.

(Pressegruppe der
UnterstützerInnen)

Anzeige

Aus der Türkei	Aus Türkei-Kurdistan	Aus der BRD
<h1>Tatsachen</h1>		
<small>Zeitschrift der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V. (DIDF)</small>		
2monatige Zeitschrift der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine a.d. Türkei i.d. BRD e.V. (DIDF)		
Beiträge zu den Themen -AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus -Probleme der Antifa-Arbeit -Berichte und Analysen über die Entwicklung in der Türkei und Kurdistan -aus den Gefängnissen in der Türkei und Türkei-Kurdistan -kulturelle Aktivitäten -Internationale Solidarität		
Einzelpreis: DM 2,50 + Porto Abonnentenbedingungen: 10 Nummern 20,- DM + Porto 20 Nummern 40,- DM + Porto		
Zu bestellen bei:		
DIDF		
Jägerstr. 77		
47166 Duisburg		

STAATSANWALTSCHAFT SCHWERIN STELLT ERMITTLUNGSVERFAHREN ZU BAD KLEINEN EIN

Am 13. Januar 1994 war es also so weit: Die Staatsanwaltschaft Schwerin hat das Ermittlungsverfahren gegen zwei Beamte der GSG 9 eingestellt, die im Verdacht stehen, Wolfgang Grams am 27. Juni 1993 auf dem Bahnhof von Bad Kleinen durch Schüsse aus nächster Nähe hingerichtet zu haben. Die Staatsanwaltschaft Schwerin erklärt, daß es keinerlei Anhaltspunkte dafür gäbe, daß Grams von einem Polizisten rechtswidrig getötet wurde. Die Ermittlungen hätten zweifelsfrei ergeben, daß sich Grams den tödlichen Kopfschuß aus unmittelbarer Nähe selbst gesetzt habe, nachdem er von mehreren Schüssen getroffen auf das Gleis gefallen war. Wie zu erwarten, ist es damit gelungen, durch Beweisunterdrückung, Desinformation und Lügenkonstrukte durch die beteiligten staatlichen Stellen das erwünschte Ermittlungsergebnis hervorzuzaubern.

Die dokumentierte Aussage (siehe Kasten) der Augenzeugin aus Bad Kleinen wird von der Staatsanwaltschaft durch einen "schockähnlichen Zustand" erklärt, die Tatsache, daß niemand einen Selbstmord auf dem Bahnsteig von Bad Kleinen gesehen hat, von der Hand gewischt. Grundlage für die Einstellung der Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft ist das "Gutachten" des Wissenschaftlichen Dienstes der Stadtpolizei Zürich, der bereits durch die Feststellung des "Selbstmordes" von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe 1977 im Stammheimer Hochsicherheitstrakt seine "Unabhängigkeit" unter Beweis stellen konnte.

"Wenn diese Spuren vernichtet sind, können Sie kein Gutachten mehr schreiben!"

Am Wochenende 20./21.11.93 wurde das gemeinsame Gutachten zweier schweizerischer Forschungsinstitute, dem Wissenschaftlichen Dienst der Stadtpolizei Zürich und dem Gerichtsmedizinischen Institut der Universität Zürich vorgelegt. Sie waren von der im Ermittlungsverfahren zum "Todesfall Wolfgang Grams" zuständigen Staatsanwaltschaft in Schwerin beauftragt worden, anhand der mitgeschickten Beweisgegenstände zu untersuchen, wer mit welcher Waffe auf dem Bahnhof von Bad Kleinen rumgeballert, wer wen getroffen hat und schließlich, aus welcher Waffe die Schüsse stammten, die Wolfgang Grams getroffen bzw. getötet hatten.

Kaum veröffentlicht, wurde das gesamte Zürcher Gutachten im Rahmen einer Sitzung des Bundestagsausschusses am 7.12.93 zu einer geheimen Verschlusssache erklärt. Selbst die Obleute der Fraktionen im Innenausschuß

werden nur eine Kurzversion des Gutachtens ausgehändigt bekommen. Insofern ist mensch bei der Begutachtung des Gutachtens auf die 5-seitige Pressemitteilung des Justizministers von Mecklenburg-Vorpommern, Hellmrich, angewiesen, die dieser an jenem Wochenende verteilen ließ (sofern nicht anders angegeben, legen wir daraus die Pasagen zugrunde, die in FR, 22.11., abgedruckt waren):

Nicht befaßt hatten sich die Zürcher Wissenschaftler mit den widersprüchlichen Angaben, die bisher von offizieller Seite zu den Vorgängen in Bad Kleinen abgegeben worden sind:

- Warum die (nach offizieller Lesart Tat-) Waffe von Grams nach dem Zwischenbericht der Bundesregierung vom 18.8. nahe der linken Hand des toten Grams gelegen haben soll, während in einer früheren Version dieses Berichts der Fundort der Waffe mit "rechts der Leiche von Grams liegend", angegeben worden war.

- Auch die Aussagen der beiden Belastungszeugen, weder die des Bullen, den der "Spiegel"

unmittelbar nach Bad Kleinen präsentierte, noch die der Kioskverkäuferin vom Bahnhof in Bad Kleinen - die beide angaben, der Kopfschuß auf Grams sei durch Polizeibeamte erfolgt - spielten in Zürich keine Rolle.

- Ebenfalls unbeachtet blieben die Aussagen der über 20 Bullenzeugen von Bad Kleinen. Insbesondere die GSG-Bullen hatten zunächst mit auswendig gelernt anmutenden Angaben überrascht, sich dann aber immer mehr widersprochen. Einzige Gemeinsamkeit blieb, daß alle eingesetzten Beamten für den Moment des Kopfschusses auf Grams einen kollektiven Blackout haben wollen: Keiner von ihnen will in diesem entscheidenden Augenblick etwas gesehen haben. (Daß die Bullen nicht entsprechend der Selbstmordthese aussagen würden, soll ihnen, aus Sicht der ermittelnden Staatsanwaltschaft, nun sogar als entlastendes Indiz gereichen (SZ, 8.11.!) !).

Um das Vorgehen der Schweizer Kriminologen richtig zu bewerten, muß mensch sich nochmals die Ausgangslage vergegenwärtigen: Die Ermittlungen werden von den Schweriner Staatsanwälten in der Sache "Tod des Wolfgang Grams" geführt. Ermittelt wird gegen zwei GSG 9 - Bullen. Deren Namen werden nicht, wie sonst üblich, genannt, sondern aus dubiosen "Zeugenschutz"-Gründen kodiert als Nummern (Nr. 6 und 8) angegeben.

Die Staatsanwälte haben dieses Ermittlungsverfahren von Anfang an nur widerwillig, allein wegen der Anzeigenerstattung durch die Eltern von Wolfgang Grams, eingeleitet.

Den Arbeitsauftrag für Zürich gab Justizminister Hellmrich bei der Vorlage des Gutachtens indirekt mit den Worten wieder: die Untersuchungen hätten "keine neuen Ergebnisse (hervorgebracht), die zwingend gegen eine Selbstbeibringung sprechen würden" (FR, 22.11.). Zweck staatsanwältlicher Arbeit ist jedoch nicht nur, in entlastender, sondern in beide Richtungen zu ermitteln. Dieser Grundsatz wurde in diesem Falle systematisch unterlaufen.

In der nun folgenden Kritik von dem Bißchen, was der Öffentlichkeit aus dem Zürcher Gutachten zugemutet wurde, beziehen wir die gerichtsmedizinischen Ergebnisse des Münsteraner Prof. Brinkmann mit ein:

- Bei der Obduktion in der Gerichtsmedizin der Universität Lübeck wurde Grams auf Anordnung der beiwohnenden BKA-Bullen das Gesicht, der Bereich des rechten Ohres (unweit der Einschußstelle), die Finger, Fingerspitzen und (entgegen des ausdrücklichen Behauptung des Zwischenberichtes; vgl dort S. 84) die Handinnenflächen gereinigt. Hierbei wurde mit der

rechten ausgerechnet die Hand "besonders gründlich" gewaschen, welche die Bundesregierung als die den Kopfschuß ausführende Hand verkaufen möchte (vgl. taz, 20.11.).

Am Tag nach der Obduktion werden Haare von Grams Kopf abgeschnitten, nicht jedoch asserviert, sondern weggeschmissen. Nach Ansicht des ehemaligen BKA-Angestellten, nunmehr Wissenschaftlicher Direktor beim LKA Sachsen-Anhalt, Lichtenberg, ist so etwas "Spurenvernichtung... Wenn die Spuren vernichtet sind, können sie kein Gutachten mehr schreiben." (Spiegel 48/93).

- Bei keinem der Obduzenten bzw. der späteren Gutachter in Münster und Zürich handelt es sich um Schußspurenexperten. Professor Brinkmann (Münster) gilt als Spezialist für Gen-Analysen. Auch in Zürich ist bislang niemand als Experte für Schußspuren hervorgetreten. Der Leiter des Wissenschaftlichen Dienstes der Stadtpolizei, Pfister, ist ausgewiesener Fachmann für Handschriften und Urkunden (Spiegel 48/93). Bei den Untersuchungen in Münster wurden veraltete, vom Anfang des Jahrhunderts stammende Methoden angewandt, so durch das Beschießen von Schweinehaut Vergleichsproben für mechanische Wirkungen von Nahschüssen verschiedener Waffen zu ermitteln (Spiegel 29/93).

- Bei der Lieferung von Leichenteilen des Wolfgang Grams von der Gerichtsmedizin Lübeck nach Zürich ist auf der Strecke Lübeck-BKA deren Versiegelung (offiziell aus Feuchtigkeitsgründen) aufgeplatzt. Diese wurden dann im BKA neu versiegelt und dann nach Zürich weitergeschickt. (Zwischenbericht, S. 90). Wer diesen Transport und die Öffnung des Beweismittelpakets durchführte, ist unklar. Ebenso, ob und wenn ja durch wieviele Hände die Leichenteile beim BKA gingen. Bestätigt wurde lediglich, daß die Art und Weise der Beweismittelverschickung durch das BKA ein helles Durcheinander bei den Schweizer Kriminologen auslöste. Keiner wußte dort, welches Asservat wem zugeordnet werden sollte (Spiegel 29/93).

- Nach einer Begutachtung der Schußwunden durch einen Gerichtsmediziner der Humboldt-Uni in Berlin (Prof. Geserick) deutet auch der Schuß auf Grams Bauch auf einen Nah-, nicht jedoch auf einen absoluten Nahschuß hin. Dieser Schuß ist auch nach dem Zürcher Gutachten aus einer Bullenwaffe abgefeuert worden. Der horizontale Schußkanal spreche für eine Schußabgabe, als Grams bereits auf dem Gleis lag (Die Woche, 8.7.93).

Nun entsteht im folgenden ein krampfhaftes Bemühen des BKA zu behaupten, alle Schüsse auf Grams seien aus einer Distanz abgegeben worden, die größer ist als 1,5 m. Dies entspräche

nämlich der polizeiüblichen Sicherheitsdistanz. Und noch bei der Vorlage des Zwischenberichts hat Bundesinnenminister Kanther behauptet, die GSG 9 - Bullen hätten sich mit ihren Waffen im Anschlag "leicht nach vorne gebeugt" Grams genähert (Protokoll der Innenausschuß-Sitzung vom 18.8., S. 80). Die Bullen hätten so diesen Sicherheitsabstand unterschritten, und ein Nahschuß wäre denkbar gewesen.

In diesem Zusammenhang ist das "Ergebnis" aus Zürich zu sehen, alle Schüsse auf Grams (mit Ausnahme des Kopfschusses) seien aus einer Distanz erfolgt, die größer als 1,5 m gewesen ist.

- Auf Weisung der Schweriner Staatsanwaltschaft wurde den Schweizer Gutachtern, nach Angaben des Anwalts von Grams Eltern, Andreas Groß, untersagt, Erkenntnisse über das Projektil mit der Asservat-Nr. 5 in seinem am 18.10.93 veröffentlichten Teilgutachten bekanntzugeben. Hierbei handelt es sich um ein Geschloß, das erst Tage nach der Killfahndung auf dem Bahnhof von Bad Kleinen von einer Privatperson gefunden wurde und das keinem der bisher untersuchten Pistolentypen zugeordnet werden konnte (vgl. taz, 30.10.).

- Der "Spray-Kegel" von Grams-Blut, der sich auf Grams Waffe fand, läßt sich nach Ansicht der Münsteraner Gutachter "zweifelsfrei durch Selbstbeibringung" erklären. Dies ergebe sich auch durch Geringfügigkeit der Blut- und Gewebespuren. Hätte ein dritter die Waffe beim Kopfschuß geführt, so hätte dies andere bzw. mehr Blut- und Gewebespuren auf der Waffe hinterlassen (Zeit, 29.10.).

"Monitor" vom 2.12. hingegen kontert diese Argumentation mit der gegenteiligen Ansicht eines Gerichtsmediziners, der seinen Münsteraner Kollegen vorwirft, nur eine Position untersucht zu haben, wie der GSG 9 - Bulle auf Grams geschossen haben könnte. Tatsächlich seien, insbesondere für Profis wie die der GSG 9, andere ausgeklügeltere Schußhaltungen denkbar, bei denen selbst bei diesen Blutspuren an der Waffe von Grams auch eine Fremdbeibringung angenommen werden könnte. Münster hat also einseitig zugunsten der Selbstmordthese untersucht!

Zudem konnten an keiner anderen Waffe Blut- und Gewebespuren mehr festgestellt werden. Das BKA hatte alle Bullenwaffen und die von Birgit Hogefeld unmittelbar nach Bad Kleinen "beschossen", ausgerechnet mit Ausnahme der von Grams. So wurden alle an jenen Pistolen anhaftenden Blut- und Gewebespuren unwiederbringlich vernichtet (Zwischenbericht, S. 72).

- Zu der von den Gutachtern untersuchten Kleidung: Berichtet wurde nur über die Untersuchungsergebnisse der Kleidung des GSG 9 -

GRAUZONE

Cafe - Kneipe
Oerweg 53, 54657 Recklinghausen
Tel.: 02361 - 27504

Mo ab 19.00h
Di - Fr 9.30 - 14.00 Uhr
und ab 19.00 Uhr
Sa ab 19.00 Uhr
So ab 10.00 Uhr

Jeden Sonntag großes
Frühstücksbuffett ab 10.00 Uhr

MÄRZ

19.3. Solid Lights
(Rock 'n Roll mit
Starbesetzung) 21⁰⁰ h

APRIL

9.4. The Shoes
(Independent) 21⁰⁰ h

Grauzone exclusiv:

16.4. Hardrock Night
mit
TOXIC VOX 21⁰⁰h

30.4. Tanz in den Mai
mit
Hamonica Pete & The
Blues Jukes 21⁰⁰ h

Bullen "Nr. 6". Dieser kam dem verletzt daliegenden Grams am nächsten und gilt als einer der Hauptverdächtigen für den Todesschuß. Dessen Klamotten wurden allerdings erst Tage nach Bad Kleinen asserviert. (Spiegel 48/93). Als er sie abgab, war seine Hose "frisch gewaschen" ! Das Gleiche kann im Falle seiner Schuhe, Handschuhe sowie seines Pistolenhalters angenommen werden. Die von "Nr. 6" bereitgestellte dunkelblaue Steppjacke weist im Bereich des rechten Ellenbogens Blutspuren auf, die jedoch nur "Wischspuren" darstellen, die nicht bei einer Schußabgabe, sondern erst bei einem späteren Blutkontakt entstanden sein sollen. Ein "Spray-Kegel" findet sich nicht (Zeit, 29.10.).

"Eine Jacke kann jeder gut gebrauchen, wenn es kalt wird"

Hierzu vier Punkte:

- Die Jacke von Bulle "Nr. 6" wurde zweimal untersucht. Nach der Begutachtung in Zürich - und noch vor der Vorlage des Münsteraner Gutachtens - wird ausgerechnet diese Jacke des Hauptverdächtigen GSG 9 - Bullen "Nr. 6" aus dem abgeschlossenen Asservatenschrank der Gerichtsmedizin der Universität Zürich ("dem Heiligtum des Instituts", Spiegel 48/93) geklaut. Bis heute sind die Täter natürlich nicht ermittelt. Es ist jedoch eine dreiste Irreführung, wenn der Institutsleiter, Bär, als mögliches Tatmotiv in die Welt setzt: "Eine Jacke kann jeder gut gebrauchen, wenn es kalt wird".

Nun hat Bulle "Nr. 6" die Steppjacke aber nicht im Winter, sondern im Hochsommer getragen, bei einem Einsatz, bei dem es angeblich zu heiß gewesen sein soll, um unauffällig unter der Kleidung anliegende Schutzwesten zu tragen. Zum zweiten, niemand kann diese Jacke in der Öffentlichkeit mehr anziehen, denn sie war bereits in Münster zerschnitten worden (vgl. Spiegel 48/93).

- Von Zürich nicht behandelt wurde die widersprüchliche Aussage der Kioskverkäuferin, der auf Grams ballende GSG 9 - Bulle habe nicht eine dunkelblaue, sondern eine weinrote Jacke getragen.

- Bisher sind keinerlei Untersuchungsergebnisse über die Kleidung von Grams bekanntgegeben worden. Hätte dieser sich aber selbst erschossen, dann müßten doch an seinem rechten Jakkenärmel entsprechende Blutspuren sich finden lassen.

- Und zum Schluß noch das: Wie sich in der Innenausschußsitzung vom 7.12.93 herausstellt, ist nicht nur die Kleidung des Hauptverdächtigen, sondern auch die des zweiten Todesopfers von

Bad Kleinen, die des GSG 9 - Bullen Newrzella, spurlos "verschwunden".

Aussage der Augenzeugin:

"Ich sah dann einen Mann auf das Gleis beim Bahnsteig 4 stürzen. Der Mann lag reglos auf dem Gleis. Später erfuhr ich dann, daß es der Wolfgang Grams war. Ich dachte schon, der Grams sei tot.

Dann traten zwei Beamte an den reglos Daliegenden heran. Der eine Beamte bückte sich und schoß, aus nächster Nähe, wenige Zentimeter vom Kopf des Grams entfernt.

Dann schoß auch der zweite Beamte auf Grams, aber mehr auf den Bauch oder die Beine. Auch der Beamte schoß mehrmals."

Bei dem mittlerweile unter Verschuß gehaltenen Geheim-Gutachten aus Zürich tun sich, wie gezeigt, jede Menge Fragen auf, die unbewantwortet sind.

Für dieses scheinbar so renommierte und unabhängige Institut der Stadtpolizei Zürich ist dieses Bad Kleinen-Gutachten nicht das erste, mit dem es bundesdeutschen Repressionsorganen hilfreich unter die Arme greift. Bereits die Todesfälle von Stammheim 1977 wurden von den Schweizer Kriminologen erwartungsgemäß auf "Selbstmord" hin untersucht. Zwei Jahre später, in dem Prozeß gegen Rolf-Clemens Wagner (wegen eines Bankraubes der RAF in Zürich) waren die Wissenschaftler der dortigen Stadtpolizei wieder aktiv. Wie sich allerdings in dem 1992 geführten Prozeß gegen Christian Klar und Peter-Jürgen Book in derselben Strafsache herausstellte, haben sich die Schlußfolgerungen dieses Instituts selbst vor den zuständigen Staatsschutzrichtern in Stuttgart - als nicht haltbar erwiesen.

Das BKA hatte den Schweriner Staatsanwälten schon bereits vor der Einrichtung des Sonderkommandos zu Bad Kleinen empfohlen, mit den Untersuchungen die Zürcher Wissenschaftler zu beauftragen. Man wußte offenbar in Wiesbaden genau, auf wen man sich in Stunden der Not verlassen - wer aus Scheiße Gold machen kann.

(mit frdl. Genehmigung übernommen aus:
Die Rote Hilfe 1/94, Zeitung der Roten Hilfe e.V.)

Erster bundesweiter FrauenStreikTag in der BRD am 8. März '94: "Jetzt schlägt's 13!"

Die alte Idee eines landesweiten Frauenstreiks setzten die Isländerinnen 1975, im Internationalen Jahr der Frau, äußerst wirkungsvoll um. 90% der Frauen beteiligten sich am Streik und legten so die ganze Insel lahm. Landesweite Frauenstreiks gab es außerdem 1970 in den USA, 1981 in den Niederlanden, 1985 erneut in Island und zuletzt 1991 in der Schweiz.

Die Idee zu einem bundesweiten Frauenstreik in Deutschland kam in verschiedenen Frauenzusammenhängen gleichzeitig auf. Die Koordinierung übernahmen das im November '92 gegründete Streikkomitee Köln-Bonn und der Unabhängige Frauenverband (UFV) Berlin. Im Juni 1993 trafen sich ca. 70 Frauen aus unterschiedlichen Zusammenhängen zu einem ersten bundesweiten Koordinierungstreffen in Kassel. Vertreten waren u.a. autonome Frauen, Frauenprojektfrauen, Frauenbeauftragte, Parteifrauen, Kirchenfrauen und zahlreiche Gewerkschafterinnen (DGB, ÖTV, IG-Metall, GEW, HBV, IG-Medien, DAG, Hausfrauengewerkschaft). In der Folge fanden im dreimonatigen Abstand weitere Koordinierungstreffen in Kassel statt sowie im November '93 ein großer bundesweiter Streikkongress, auf dem ein gemeinsames Plakat, Logo, Buttons, etc. und eine Streikzeitung vorgestellt wurden. Vielerorts gründeten sich regionale FrauenStreikkomitees, die spezifische

Forderungen in ihren Städten und Organisationen formulierten.

Kontroverse Diskussionen gab es zum "Streikbegriff", der einigen Frauen aus rechtlicher bzw. gewerkschaftlicher Sicht problematisch erschien. In der BRD sind politische Streiks grundsätzlich verfassungsrechtlich verboten, was für viele Frauen jedoch kein Grund war, dies unwidersprochen hinzunehmen. Ein Ergebnis dieser Auseinandersetzung war schließlich, daß der Begriff "Streik" von Frauen neu besetzt werden muß, da es neben dem klassischen Streik im Sinne einer Niederlegung der Erwerbsarbeit schon in der Vergangenheit und auch heute andere Streikformen wie Sitzstreiks, Hungerstreiks, Gebärstreiks, etc. gibt. Es liegt demnach allein an Frauen, wie der Begriff "Frauenstreik" auch für die Zukunft ausgefüllt wird. Angesprochen auf die rechtliche Situation streikender Frauen gab es von gewerkschaftlicher Seite unterschiedliche Reaktionen: während der DGB davon spricht, "Gegenwehr von Frauen zu unterstützen", aber den Streikaufruf nicht im tarifrechtlichen Sinne mitträgt, hat die ÖTV sich "mit dem Ziel der Aktion unter dem Motto 'Frauenstreik' solidarisch" erklärt. Die Bandbreite der Aktionsvorschläge zum FrauenStreikTag reicht vom Aufruf an Frauen, nicht mehr nett zu lächeln, bis zur Aufforderung, jede Arbeit niederzulegen und die Männer

den Kindern zu übergeben.

"Die Wiederherstellung eines großen Deutschlands findet auf Kosten von Flüchtlingen, auf Kosten der 'Anderen', der Schwachen, der Armen **UND AUF KOSTEN VON FRAUEN STATT. ... WIR KÜNDIGEN DEN PATRIARCHALEN KONSENS UND BEGINNEN MIT EINEM WARNSTREIK.**" (Auszug aus einem Aufruf zum Frauenstreik 1994).



Gran Tarajal, Fuerteventura

Frauenredaktion

FOTOAUSSTELLUNG "SCHUSS-WECHSEL TÜRKEI" bzw. "Politische Reise durch die Türkei"



Gräber von Newroz 1992, Cizre 5/92 (Ausstellungsfoto) (c) TAS 92

Die Bochumer Ausstellung von Fotos, die die Journalistin Thea A. Struchtemeier während ihrer Reisen in den Jahren 1991 bis 1993 in die Türkei und nach Nordkurdistan aufgenommen hat, umfaßte 47 großformatige Bilder zu den Themenbereichen:

- "Istanbul 1. Mai" (1992, Polizeipräsenz im Stadtteil Merter und auf dem Gaziosmanpasa-Platz)
- "Vor dem Staatssicherheitsgericht" (Istanbul Dezember 1991 bzw. April 1992)
- "Tot gefangen genommen" (Aufnahmen von Friedhöfen in der Türkei und in Nordkurdistan, z.B. Gräber einiger der über 100 am Newrozfest 1992 Umgekommenen in Cizre, Grab eines unbekanntem kurdischen Partisanen, Gräberfeld von "Verschwundenen" sowie des durch eine "Todesschwadron" ermordeten HEP-Vorsitzenden Vedat Aydın und der anlässlich seiner Beerdigung von "Spezialeinheiten" Erschossenen auf dem Friedhof Mardinkapi in Diyarbakir/Amed)
- "Frauenwelt und -widerstand - Türkei und Kurdistan" (Transparent des anschließend verbotenen Demokratischen Frauenvereins DKD am 1. Mai 1992 auf dem Gaziosmanpasa-Platz in Istanbul; entlassene Textilarbeiterinnen im Hungerstreik in Bursa 1991; Familie Turhalli mit dem Bild ihres 1990 in den Bergen von Bingöl von türkischen Militärs getöteten Sohnes Aziz, der in Ankara Medizin studiert hatte; Ismail Bilen, 3jähriges Opfer von Helikopterbeschuß bei Ul dere nahe Sirnak am 17. Mai 1992, aufgenommen in den Armen seiner Mutter im Krankenhaus Diyarbakir/Amed im Mai 1992; Flüchtlingsfrauen aus Sirnak, im September 1992 in Cizre aufgenommen; zerschossene Hand einer 35jährigen Frau aus Yüsekova; kurdische Leiden aus der Sicht einer kurdischen Künstlerin)
- "Nordkurdistan" (Lager kurdischer Flüchtlinge vor dem Golfkrieg aus dem Irak in Diyarbakir/Amed im Mai 1992; Kasim Solmaz, Bomben-/Minenopfer aus Durusu bei Mardin am 16. Mai 1992, aufgenommen im Staatskrankenhaus Mardin im Mai 1992; Kohlegrube bei Sirnak, wo im Februar 1991 zwei Jugendliche ermordet und über 200 Maultiere zum Abtransport der Kohle umgebracht worden waren, im September 1992 aufgenommen; Inschrift "Was für ein Glück ist es zu sagen: Ich bin Türke" an einer staatlichen Schule in dem kurdischen Dorf Caglayan/Sax

zwischen Cizre und Silopi; Zerstörungen nach dem Angriff der türkischen Armee am 2. September 1992 in Caglayan/Sax; der kurdische Journalist Burhan Karadeniz von ÖZGÜR GÜNDEM nach dem Mordanschlag vom Oktober 1992, aufgenommen in Diyarbakir/Amed im März 1993; Naif Aslan, Opfer des Überfalls türkischer Sicherheitskräfte auf Yüksekova am 15. und 19. August 1993, aufgenommen im Staatskrankenhaus Van im August 1993, er erklärte der Fotografin: "Die BRD ist Händler des Todes")

- "Militär in Nordkurdistan"

(ein NATO-Posten im "Südosten" in Mardin im Mai 1992; Jandarma-Soldat, der sich vor einem BTR-60-Panzer aus Deutschland für die Fotografin in Positur gestellt hatte, Yüksekova im August 1993).

In einem etwa zweistündigen Referat (mit Übersetzung ins Türkische) zur Eröffnung im Bochum-Dahlhausener Stadteilladen "Regenbogen" vor etwa 30 Personen stellte Thea insbesondere den Einsatz deutscher Waffen im Krieg der türkischen Armee (die offiziell 900.000 Mann, inoffiziell 1,5 Millionen Mann stark ist) gegen die kurdische Zivilbevölkerung im "Ausnahmestandsgebiet Südosten" heraus. In diesem Gebiet halten sich z.Z. zwischen 160.000 und einer halben Million Soldaten auf, verstärkt durch mindestens 10.000 Mann "Spezialeinheiten" und 30.000 kurdische "Dorfschützer"; auf der Gegenseite steht eine Widerstandsarmee von 15.000 (laut Abdullah Öcalan) bis 50.000 Mann (laut "Sicherheits"experten der Türkei, die zusätzlich 375.000 aktive Unterstützerinnen und Unterstützer der PKK vermuten).

Außerdem halten sich über 500.000 US-Soldaten in Einrichtungen auf, die formal dem türkischen Staat unterstehen.

Deutschland, inzwischen drittgrößter Rüstungsexporteur der Welt, ist einer der Hauptlieferanten für Rüstungsgüter an die Türkei. Nachdem der Einsatz deutscher Waffen etwa anlässlich des Newrozmassakers 1992 vielerorts belegt werden konnte, sah sich Bonn zu einem vorübergehenden Rüstungsstopp veranlaßt, der aber im September 1992 offiziell wieder aufgehoben wurde. Im Phantomjägergeschäft mit der Türkei befinden sich die Daimler-Benz-Tochtergesellschaften DASA und MBB; an von der Türkei ausgeschriebenen Militärprojekten beteiligen sich neben MBB noch Dornier, AEG, Daimler-Benz, SEL, Kraus & Maffei, Krupp und MAN. Diese Aktivitäten geschehen öffentlich; darüber hinaus dürfte es eine große Grauzone von weiteren Firmen geben. Der Wert der Militärrhilfe, die z.T. "im Unterschied zu den USA unentgeltlich" geleistet wird (wie in "Wehrtechnik" Heft 5/89 hervorgehoben wird), beziffert sich inzwischen auf mindestens 6,4 Milliarden DM und erstreckt sich auf die Bereiche NATO-Verteidigungshilfe, Ausstattung- und Ausbildungshilfe sowie Rüstungs-sonderhilfen (ab 1992 sind beispielsweise weitere 1,5 Milliarden DM Rüstungs-sonderhilfe vorgesehen).

In einem Begleitheft zur Ausstellung heißt es: "Die Fotoausstellung von Thea A. Struchtemeier zeigt einen Einblick in den journalistischen Alltag der Türkei zwischen 1991 und 1993. Diese Bilder sind politische Momentaufnahmen und keine ästhetische Bilderschau. Sie leben vom Augenblick und sind häufig in größter Eile entstanden, da in den seltensten Fällen öffentlich gefilmt werden konnte. Die Fotos geben jedoch einen Einblick in Zerstörungen, die länger andauern als Waffengewalt oder bloße 'Schnapp-Schüsse'. Sie führen vom 1. Mai in den ArbeiterInnenvororten Istanbuls zu den verbrannten Dörfern bei Sirnak bis hin zu den tödlichen Waffen der Gewalt: deutsche Panzer im türkischen Bereich Kurdistans."

Eine solche Ausstellung zu machen, scheint auch in Deutschland viel Mut zu erfordern. Bei der Diskussion nach Theas Referat im Stadteilladen "Regenbogen" (Bochum-Dahlhausen) fragte ein Kurde, warum in dem Monatsprogramm nicht einmal das Wort "Kurdistan" erwähnt werden sei, wo doch hier überwiegend Fotos von dort zu sehen waren. Dort hatte es geheißen: "Politische Reise durch die Türkei von West bis Ost - eine Fotoausstellung von Thea A. Struchtemeier." Thea erklärte, dafür nicht verantwortlich zu sein, und gab diese Frage zunächst an den Leiter des Ladenkollektivs weiter, der eine "pädagogische" Begründung gab, die niemanden so recht überzeugte: daß man nämlich möglichen Besuchern die Arbeit nicht habe abnehmen wollen, sich selbst einen Begriff von dem zu machen, was es mit Kurdistans auf sich habe. Um das Wort "Kurdistan" sei es dabei gar nicht gegangen. Dem widersprach die Fotografin mit Hinweis darauf, daß bei der Diskussion im Team die Angst vor eventuellen Übergriffen seitens nationalistischer Türken im Vordergrund gestanden habe. Selbst das Wort "Schuß-Wechsel" (das in der Ankündigung beim Fahrradladen "Balance" noch verwendet worden war), sei dem Ladenteam schon zu provokatorisch erschienen. Wenn so schon Leute reagieren, die immerhin einen linkspolitischen Anspruch vertreten wollen, wen wundert es da noch, daß sich die Brotjournalisten von der Bochumer Lokalpresse jeglicher Berichterstattung enthielten?

Wer daran interessiert ist, diese Ausstellung auch woanders zu zeigen, kann sich mit Thea über das Antifa-Zentrum (02361/21686, mit Anrufbeantworter) in Verbindung setzen.

KD



DIE AUTONOMEN (TEIL IV)

Ursprünglich sollte diese Artikel-Serie Anreiz zur Auseinandersetzung darstellen - das können wir wohl inzwischen vergessen. Hatten wir doch einiges übersehen oder auch nicht gewußt. Daß "Innerhalb der Autonomen" eine heftige Auseinandersetzung einsetzen würde über "Organisation" und "Organisieren", deutete sich zwar vor zwei Jahren schon an, nicht aber, wie sehr diese Auseinandersetzung die Abschottung "nach außen" brauchte bzw. hervorbrachte. Kurz und schlecht, wir rechnen nicht damit, daß es Stellungnahmen zu den in der AntifaZ erschienenen Artikeln geben wird, und deshalb schließen wir auch mit der anschließenden Stellungnahme die Artikel-Serie ab.

Es ist uns von einigen autonomen "Strukturen" gezeigt worden, wie man mit unserer Kritik umzugehen gedenkt: Ignorieren, Zensurmaßnahmen (So wurde die AntifaZ vom Büchertisch des Bochumer "Not-Standes" verbannt), Oberflächlichkeit, Gerüchteküche - doch keinerlei schriftliche Kritik.

Die Artikel von "Heinz Schenk" oder "Lotta" hätten wir nicht veröffentlichen dürfen, da angeblich nur zur "Internen" Diskussion gedacht - wo doch die gesamte Diskussion von "fels" gedruckt und veröffentlicht wurde.

Die Überschrift "Die Autonomen machen keine Fehler, sie sind der Fehler" hätten wir nicht wählen sollen - dabei wurde sie doch von "Heinz Schenk" kreiert.

Doch genug davon, geschadet hat der Abdruck der Artikel jedenfalls niemandem. Hier also unsere Stellungnahme zu "den Autonomen", wobei anzumerken ist, daß wir selbstverständlich jede zukünftige Auseinandersetzung wärmstens begrüßen würden.

I. Zur Geschichte der Autonomen:

Neben einer Reihe weiterer Veröffentlichungen sind wohl am bekanntesten die beiden Bände von "Geronimo": "Feuer und Flamme" sowie "Geronimo u.a.": "Feuer und Flamme, Teil II".

Insbesondere der erste Band macht deutlich, daß "Geronimo" die Geschichte "der Autonomen" weniger als Ausdruck der politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der bundesdeutschen Gesellschaft begreift, sondern als "Tradition" von spontaneistischen, antiautoritären und anarchistischen Aktionszusammenhängen, die unter dem Oberbegriff "Linksradikalismus" subsummiert werden. Durchgehend ist auch die (oft nur oberflächlich angesprochene) Ablehnung anderer linker Strömungen, die sich mehr oder weniger unter dem Stichwort "marxistische, leninistische, etc" Politikzusammenhänge unterordnen lassen. Diese werden von "Geronimo" (und von "den Autonomen") als "autoritär" kritisiert:

"Was wo welche Bedeutung im bundesdeutschen Linksradikalismus in den 70er Jahren erlangten konnte,

hing auch immer mit den unterschiedlichen lokalen Bedingungen, insbesondere in den Großstädten zusammen. Politisch verbindende verallgemeinerbare Strategien ließen sich vor diesem Hintergrund nur schwer entwickeln. Mußte sich beispielsweise die linksradikale Spontibewegung in Frankfurt gegen einen straff organisierten KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschlands) durchsetzen, so hatte in West-Berlin sicherlich die in den 70er Jahren existierende Stadtguerillagruppe "Bewegung 2. Juni" eine viel größere Bedeutung, (...)" (1).

Was "politisch" bei diesen "K-Gruppen" abgelehnt wurde, ist offenbar kaum von Bedeutung, entscheidend ist die Ablehnung des "Dogmatismus" und des "Kaderprinzips":

"Die vorgeblich an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus angelehnten Organisationsstrukturen führten nicht nur zu einer Strafen von oben nach unten aufgebauten hierarchischen Leitungsstruktur sondern auch zu einer zunehmend sinnentleerten kritiklosen Anwendung von Gehorsam, Disziplin und einer

wahnwitzigen Durchhalteparolen in der politischen Arbeit. Wie selbstverständlich wurden von den einzelnen Mitgliedern anachronistische Leistungsstandards in der politischen Arbeit verlangt. Die sozialen Beziehungen und Alltagsstrukturen der Mitglieder wurden bis in die intimsten Bereiche entschieden und geregelt. (...) (2). Dies sind zwar relativ beliebig ausgewählte Zitate, doch schreibt Geronimo ausdrücklich, daß die Abgrenzung von diesen Politikmodellen von zentraler Bedeutung für "die Autonomen" war (und ist, dazu später ausführlicher):

"Der spätestens ab Mitte der 70er Jahre einsetzende Aufstieg dieser Bewegung (gemeint ist die sogenannte "Sponti-Bewegung", d.V.) führt zu einem parallel verlaufenden Niedergang der ebenfalls aus der 68er Revolte hervorgegangenen dogmatisch marxistisch-leninistischen K-Gruppen. Die Ablehnung der von diesen Gruppen verfolgten Politik war in der Praxis der Linksradiكالen in den 70er Jahren stets ein wichtiger Baustein ihres eigenen Selbstverständnisses." (3). Es soll an dieser Stelle gar nicht darauf eingegangen werden, daß u.E. die Geschichte nach 1968 von "Geronimo" oberflächlich dargestellt wird, teilweise bezieht er seine Informationen aus Büchern wie "Wir warn die stärkste der Parteien...", welches wegen seiner durchgehend subjektivistischen Verfälschungen schlicht ungeeignet ist für eine grundlegende Kritik. Doch ist die Abgrenzung von den "K-Gruppen" für die "Autonomen" von existenzieller Bedeutung, geht es doch immerhin um die Frage nach dem "richtigen" Revolutionskonzept in der Bundesrepublik.

Ob "Geronimo" nun meinte, die "K-Gruppen" hätten Marx und Lenin nur falsch verstanden ("vorgeblich an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus angelehnt...") oder ob er (was wahrscheinlicher) den "Marxismus-Leninismus" grundlegend ablehnt, bleibt unklar - wie man sowieso eine gründliche Auseinandersetzung mit anderen Politik-Konzepten bei ihm und anderen Autonomen vergeblich sucht.

Zutreffend ist, daß der Niedergang der "K-Gruppen" um 1980 seinen Abschluß fand, unsinnig ist jedoch, einen daraus resultierenden Aufstieg der autonomen Bewegung zu konstatieren.

Die 80er Jahre waren im Unterschied zu den 70er Jahren evtl. stärker durch außerbetriebliche Kämpfe geprägt, wobei bei spektakulären Aktionen wie den Hausbesetzungen in der Hamburger Hafenstraße, Protesten gegen verschiedene Weltwirtschaftsgipfel oder Aktionen gegen Faschistenaufmärsche "die Autonomen" stärker in Erscheinung traten als die (von "Geronimo" als direkte Vorgängerin bezeichnete) "Sponti-Bewegung" Ende der 70er Jahre.

Doch trifft auf seine Beschreibungen insgesamt die Kritik zu, daß sie nur einen relativ kleinen Ausschnitt der Wirklichkeit herausheben.

Weder wird der Zusammenhang der "K-Gruppen" mit der internationalen Entwicklung des Kampfes gegen den Imperialismus (nationale Befreiungskämpfe z.B.

in Indochina und Afrika) und mit der Entwicklung sozialer Kämpfe in der BRD (Massenstreiks, Lehrerbewegung, etc.) untersucht noch wird der Versuch gemacht, die soziale Basis "der Autonomen" im Zusammenhang mit ihren Aktions- und Politikformen zu thematisieren.

Die "Anti-AKW-Bewegung" wird von "Geronimo" zu Unrecht mehr oder weniger "den Autonomen" zugeordnet, die Entwicklung antifaschistischer Aktionsformen, antifaschistischer Bündnisse und ihr Zerfall wird kaum thematisiert.

Bleibt als (vorläufiges) Fazit zur "Geschichte der Autonomen" nur festzustellen, daß eine "Kontinuität" einer "autonomen Bewegung" von 1968 bis heute u.E. eine blanke Erfindung ist.

II. Kritik am Politik-Verständnis "der Autonomen"

In begrüßenswerter Offenheit beschreibt "Lotta" in seinem (abgedruckt in AntifaZ Nr. 45) Kritikartikel an "Heinz Schenk" das autonome Politik-Verständnis:

"Eine antiautoritäre Haltung ist auch die Basis der autonomen Bewegung (...). Sowohl die Bindung an die Autorität als auch die Rebellion dagegen bleiben im Prinzip an diese gebunden. Erst der Versuch einer EIGENEN Bestimmung ist der Schritt in Richtung der Befreiung. "Autonom" heißt: eigenes Gesetz! D.h., der Name ist Programm (...)" (4).

"Lotta" versteht unter "eigener" Bestimmung "Selbstbestimmung" gegen "Fremdbestimmung", wobei er den Begriff der "Fremdbestimmung" wiederum gleichsetzt mit dem "Anspruch auf Verantwortung für mich, mit der Herrschaft begründet wird." (5).

Er leitet den Begriff der "eigenen Bestimmung" her aus dem Postulat der Notwendigkeit "eigener Erfahrungen", die gemacht werden müssen, "eigener Auseinandersetzungen", die geführt werden müssen, und letztlich (als der unmittelbarsten Bestimmung) "eigenen Interessen". Dies entspreche einer "materialistischen Auffassung".

Dem Verdacht, mit "eigenen Interessen" könnte der "Ideologie, die die völlig vereinzelt und damit ohnmächtige Gesellschaftsstruktur aufspannt, von der wir Teil sind und unter der wir leiden" (6), aufgesessen werden, möchte er selbstverständlich entgegnen: "Das stimmt aber nicht" (7), denn:

"Das eigene Interesse ist auf komplizierte Weise mit dem Interesse anderer verbunden" (8).

Also, dadurch, daß das "eigene" Interesse" auf "komplizierte Weise" mit dem Interesse anderer verbunden ist, ist es nicht mehr fremdbestimmt, ausbeuterisch, unternehmerisch, inhuman, etc. ?

Wir meinen, daß etwas noch lange nicht zur "Solidarität" führt (und die Praxis der Autonomen beweist dies auch in aller Gründlichkeit), was in "komplizierter" Weise mit anderem verbunden ist. Überhaupt ist festzuhalten, daß in der Darstellung dessen, woran es "uns" mangelt, nur die "Fremdbestimmtheit" erwähnt

wird, und die wiederum reduziert auf solche, die durch "Gruppendruck" erzeugt wird oder "durch das Versprechen einer Bezahlung im Jenseits erkaufte wird" (gemeint ist wohl die Religion, d.V.). Ziemlich alltägliche Erfahrungen der "Fremdbestimmtheit" durch die Ausbeutung der Arbeitskraft des Menschen, des massenhaften Verlust von Arbeitsplätzen, etc. werden ausgeblendet.

Wir wissen nicht, ob wir den Verfassern des "Lotta"-Artikels nicht zuviel "Ehre" antun, wenn wir die Kritik an ihren Auffassungen verglichen mit der weiland von Karl Marx in der "Deutschen Ideologie" gegenüber Max Stirner (St. Max) geführten Polemik. Egal. Marx schrieb in dem Kapitel "Der Einzige und sein Eigentum" folgendes:

"Das aber wurmt den heiligen Egoisten: "Und ich ?" ruft er aus. "Ich Meinstenils nehme Mir eine Lehre daran und will, statt jenen großen Egoisten ferner zu dienen, lieber selber der Egoist sein!" (p. 7). Wir sehen also, welch heilige Motive den heiligen Max bei seinem Übertritt zum Egoismus leiten. Nicht die Güter dieser Welt, nicht die Schätze, so die Motten und der Rost fressen, nicht die Kapitalien seiner Mit-Einigen, (...) lassen ihn nicht ruhn" (9).

Und Marx parodiert diesen Standpunkt, der "seine Sache auf Sich" und sonst gar nichts stellt, mit den Worten:

"Auf mich, der ich so gut wie Gott das Nichts von allen Andern, der ich Mein Alles, der ich der Einzige bin. - Ich bin Nichts nicht im Sinne der Leerheit, sondern das schöpferische Nichts, das Nichts, aus welchem ich selbst als Schöpfer Alles schaffe." (10).

Doch genug der Wortspiele, im Klartext:

Die Annahme eines "eigenen" Interesses, nicht vermittelt durch die konkrete Beziehung zur materiellen "Produktion" und "Reproduktion" des Lebens, nicht vermittelt durch konkrete "Klasseninteressen" (ziemlich unwichtig, in welcher jeweiligen historischen Erscheinungsform), ist idealistisch und hat mit einer "materialistischen" Sichtweise nichts, mit einer "dialektischen" (widersprüchlichen) schon gar nichts im Sinn.

Rein formal gesehen (auch wenn wir das "Lotta" nicht unterstellen), läßt sich das "eigene Interesse" in recht einfacher (gar nicht komplizierter) Weise mit den Interessen der herrschenden Kapitalisten verknüpfen: Wir brauchen nur hinzugehen und zu behaupten, alle ArbeiterInnen seien faschistisch und kapitalistisch manipuliert, patriarchalisch und sexistisch orientiert sowieso, und schon ist klar, daß diese in ihrer Gesamtheit den "eigenen Interessen" im Wege stehn - nur wohin mit ihnen ?

Abschaffen kann man sie ja nicht einfach, arbeiten sollen sie schon weiterhin (irgendwie muß der ganze Betrieb ja ans Laufen gebracht werden), aber für "revolutionäre Veränderungen", gar für "Linksradikalismus", kommen sie nicht in Frage.

Im Gegenteil, sie neigen ungeheuer zu "autoritärem Verhalten", unterwerfen sich durchgehend dem "Gruppendruck" (wenn bspw. gestreikt wird, verlangen sie doch geradezu, daß sich jede/r diesem Gruppendruck beugt und mitstreikt, schlecht, schlecht !).

Bleibt die Frage offen, da ja selbstredend die "eigenen Interessen" der Autonomen nicht identisch sind mit denen der herrschenden Kapitalisten, über welche "komplizierte" Weise bei ihnen "Solidarität" hergestellt wird. Sie machen es sich selbst (und anderen) nicht leicht:

"Die wütendsten Kämpfe führen wir leider gegeneinander. Ich weiß auch nicht, warum, vielleicht, weil sie das Nächstliegende sind. Der Hauch einer Erwartung, ja schon der leidende Gesichtsausdruck, wird oft als Forderung, somit als Versuch gewertet, uns einen fremden Willen aufzuzwingen." (11). Ja, da wissen wir auch nicht weiter.

Anmerkungen:

- (1) Geronimo, Feuer und Flamme, S. 14
- (2) Geronimo, ebd., S. 63
- (3) Geronimo, ebd., S. 12
- (4) Versuch einer Antwort auf Heinz Schenk ("Lotta"), abgedruckt in AntifaZ Nr. 45, S. 29
- (5) Versuch..., ebd., S. 29f.
- (6) Versuch..., ebd., S. 29
- (7) Versuch..., ebd., S. 29
- (8) Versuch..., ebd., S. 29
- (9) Marx/Engels Werke, Bd. 3, S. 102f.
- (10) Marx/Engels Werke, ebd., S. 103
- (11) Versuch..., ebd., S. 30

Anzeige



Ché Coolala

LIVE-MUSIK-PROGRAMM-KNEIPE • RESTAURANT • DISCO • BIERGARTEN

ab 20.00 Uhr geöffnet

Heyden-Rynsch-Straße 2 • 4600 Dortmund 1
Tel.: 02 31 / 17 81 45 • Fax: 02 31 / 17 83 47

Schreckliche Geständnisse

eines türkischen Soldaten, der in Kurdistan eingesetzt war (Teil II)

In der Nr. 44 unserer Zeitschrift haben wir den ersten Teil eines Artikels "Geständnisse des Schreckens" aus der türkischen Zeitung 'Gercek' veröffentlicht.

Aus aktuellem Anlaß (Auseinandersetzung mit PKK und Verbot der kurdischen Vereine in Deutschland, die für den kurdischen Freiheitskampf eintreten) haben wir die Fortsetzung zu nächst zurückgestellt.

Teil II beschäftigt sich vor allem mit der grauenhaften Behandlung, der die gefangenen Guerilla-KämpferInnen unterzogen werden. Abschließend beschäftigt sich der Artikel mit den Aktionen in der kurdischen Stadt Kulp. Hingewiesen sei noch darauf, daß der 'Gercek'-Artikel mit dem Preis für die beste Reportage über Kurdistan 1993, der von der Zeitung Özgür Gündem gestiftet worden ist, ausgezeichnet wurde.

Wird denn gefoltert ?

In der Öffentlichkeit wird nicht gefoltert. In der Öffentlichkeit steht es uns frei, jemanden zu verprügeln, dies ist jedoch als einfache Prügel anzusehen. Während einer Durchsuchung hatten wir einen Dorfbewohner verprügelt und dabei zwei Gewehrkolben auf ihm zerbrochen. Und ein anderes Mal hatten wir einen Guerillakämpfer so hart zusammengeschlagen, daß vier Stellen an seinem Schädel gebrochen wurden. Falls es notwendig ist, einen Festgenommenen einer Anhörung zu unterziehen, haben wir einen Vermittler. Von ihm wird er zur Anhörung nach Diyarbakir gebracht. Durchgepreßt wie die Heringe schmissen wir die Dorfbewohner in den Wagen. Es war kaum zu glauben, daß sie alle hineinpaßten. Viele konnten bei der Ankunft nicht mehr laufen. Außerdem waren ihre Hände hinten zusammengebunden. Bei der Ankunft wurden ihnen auch die Augen verbunden.

Wo fanden die Anhörungen statt ?

Die Anhörungen fanden in den Räumen der Gendarmerie der Gebietskommandantur von Diyarbakir statt. Da existiert auch ein Anhörungsgebäude. Dort waren nur Schreie zu hören. Dort gab es auch eine große Musikanlage. Sie wurde auf höchste Lautstärke gestellt. Trotzdem waren die Schreie zu hören. Die Anlage konnte das nicht übertönen. Dort befanden sich auch Soldaten mit langen Haaren. Sie waren zivil gekleidet und immer auf unterschiedlichste Weise gekleidet, um nicht erkannt zu werden.

Nach welchen Kriterien wurden Soldaten für die Anhörung ausgesucht ?

Ein Teil von ihnen konnte weder lesen noch schreiben. Ein Teil von ihnen waren Friseure, wie

gesagt, Leute, die mit allen Wassern gewaschen waren.

Hast Du das Innere vom Verhörzentrum gesehen und bist Du darüber informiert, was da abläuft ?

Für uns war das verboten. Unsere Schlafplätze befanden sich dort. Wegen der Schreie und der lauten Musik, die die Schreie nicht überspielen konnte, konnten wir kaum schlafen. Wir mußten deshalb immer spät schlafen. Manchmal mußten sie bis in den Morgen hinein arbeiten. Es war für uns verboten, dort hinzugehen und Fragen zu stellen. Die Verhörer waren sehr vorsichtig gewesen und wollten deshalb nicht, daß man Fragen stellte. Ich hatte einen Freund dort, der mich hineinließ. Es zeigte mir einen Raum, mit sehr großen Lampen. Das war alles, was ich gesehen hatte. Er erzählte mir auch von Zeit zu Zeit von den Anhörungen. Auch er hatte Angst.

Die Foltermethoden waren sehr unterschiedlich. Man konnte sie in psychische und physische Methoden unterteilen. Es wurde beleidigend geredet. Man lästerte über den Vater, die Mutter und nahestehende Menschen. Später gibt es Elektroschocks über die Geschlechtsorgane. Knüppel werden in den After gesteckt, sie werden aufgehängt und der Bastonade unterzogen.

Was geschieht, wenn herauskam, daß es sich bei den Razzien nicht um Guerillakämpfer, sondern um einfache Dorfbewohner handelt ?

Warum soll es sowas nicht geben ? Der größte Teil der Ermordeten sind sowieso Dorfbewohner. Natürlich passieren Fehler, das ist nicht zu ändern. Sie werden dann als Terroristen abgestempelt. Wir waren an vielen Auseinandersetzungen beteiligt. Der Name der meisten Provinzen fällt

mir jetzt nicht ein. Danach wird sowieso nie gefragt.

Zwischen Kulp und Lice waren wir in einem Zwischendorf, das Kaledibi oder Kayadibi hieß. Zuerst wurden die Panzer aufgestellt und danach wurde das Feuergefecht eröffnet. Kurz gesagt, das ganze Dorf wurde unter Geschützfeuer genommen. Während des Geschützfeuers wurde das ganze Dorf niedergemacht. Es ist einfach vernichtet worden. Als wir in das Dorf einmarschieren wollten, sprach der Oberst, der sich durch ein Fernrohr die ganze Situation angeschaut hatte, per Funk: "Sagt den Ekrem Rasims (Bezeichnung für die Soldaten) Bescheid, daß im Eingang Kadaver liegen und sie achtsam sein müssen."

Mitten im Funkgespräch gelang es den Guerillas, sich einzuklinken. Sie können in unsern Funkverkehr gelangen. Der Guerilla sagte zum Oberst: "Ihr Niederträchtigen, was ihr dort seht, sind keine Kadaver, es sind unschuldige Dorfbewohner, die durch euer Feuergefecht getötet wurden."

Anzeige

Kurdistan-Rundbrief

Das Bulletin der Kurdistan- Solidaritätsbewegung und des Kurdistan-Komitees

erscheint alle 14 Tage
die aktuellste deutschsprachige Publikation

berichtet

- * aus Kurdistan
- * über die Solidaritätsbewegung
- * von den Kurdenkongressen
- * Dokumente
- * u.v.a.

mindestens 8 Seiten
26mal im Jahr
Jahresabonnement 52,- DM
Buch- und Infoläden bekommen 30% Rabatt, andere Weiterverkäufer bekommen das Heft für 1,-DM pro Stück

Bestellungen an:

GNN-Verlag
Zülpicher Str. 7
Postfach 260226
50674 Köln

Überweisungen an:

BfG Köln,
BLZ 370 101 11, Konto Nr. 11 44 39 36 00
oder an
Postgarnamt Köln,
BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19-507.

Hiermit abonniere ich Exemplare des
Kurdistan-Rundbrief

.....
.....
.....
.....

Ausschneiden u. schicken an:
GNN-Verlag,
Zülpicher Str. 7,
5000 Köln 1

Dem Oberst platzte der Kragen und er fing an, Schimpfwörter zu brüllen: "Ihr Hurensöhne, wenn ihr wißt, daß es Dorfbewohner sind, warum habt ihr sie nicht geschützt. Ihr wolltet ja ein Kurdistan errichten!" Die Guerilla antwortete: "Oberst, Du bist Soldat, es gehört sich nicht zu fluchen. Du bist ein Teil des Militärs, hast Du nie Disziplin gelernt ?". Der Oberst wurde noch wütender: "Ich habe Deine Mutter...", lästerte er weiter. Der Guerilla aber antwortete immer wieder: "Oberst, das gehört sich nicht!"

Kurz gesagt, es war nicht von Bedeutung, ob einfache Dorfbewohner oder Guerilla-Kämpfer ermordet wurden.

Was fühlt man, wenn man Menschen ermordet ?

Schau, entweder tötest du ihn oder er dich. Grundlos werden Feuergefechte begonnen. Dann mußt du ihn umbringen. Das war auch der Befehl.

Und wie war es mit dem Verprügeln von Menschen gewesen ?

Schau, ich habe bis jetzt keinen verprügelt. Mein Inneres akzeptiert so etwas nicht. Es gab Fälle, wo ich es verhindert habe. Unsere Einheit verprügelte viele. Sie haben einmal einen älteren Mann mit weißem Bart zusammengeschlagen. Ich bin dorthin gegangen und habe das zu verhindern versucht.

Wir sind einmal mit den Kommandos in ein Dorf gegangen, dessen Name ich vergessen habe. In diesem Dorf sollte sich die Guerilla befinden. Dann haben wir alle Männer, Frauen und Kinder zusammengerufen und nach den Guerillas ausgefragt. Wie ich genau hingucke, was sehe ich: Ein Soldat der Gendarmerie war dabei, die Bewohner des Dorfes zu verprügeln. Einer war sehr alt. Jeder hätte was machen können, aber dieser Mann wäre zu nichts in der Lage gewesen. Dieser 60jährige Mann flehte den Soldaten an: "Bitte, schlag mich nicht, Herr Soldat!" Was macht unser Soldat stattdessen: Er prügelt ihn überall, wo er ihn treffen konnte. Ich bin zu ihm hin und sagte ihm, er solle aufhören.

Wurden auch Frauen geschlagen ?

Natürlich wurden sie geschlagen. Aber sie wurden etwas weniger geschlagen. Z.B. gehst du in einem Dorf Razzia machen. Und der Frau sagst du: "Spring!" Dann muß sie springen. Wenn sie das nicht tut, kriegt sie ein paar Ohrfeigen. Dann durchsuchst du sie mit dem Gewehr, das macht sie vorsichtig.

Was haben die Kinder gemacht, als sie Euch gesehen haben ?

Sie hatten sehr viel Angst. Wenn man dort das Wort Soldat ausspricht, hören sogar die Flüsse auf zu fließen.

Einmal gingen wir zu einer Dorffrazzia. Es war ein Felddorf. Ein Unteroffizier hatte alle Kinder versammelt und brachte sie irgendwo hin. Die Kinder waren sehr jung. Geschwister hielten sich fest umschlungen. Sie weinten, ohne einen Laut von sich zu geben. Alle hatten ihre Hände hochgehalten, die Kinder so wie ihre Väter an der Wand. Der Unteroffizier konnte das nicht mehr mit ansehen, "Sohn, nehmt Eure Hände runter. Wir tun Euch nichts. Wir sind nicht schlecht." Währenddessen blieb ein Junge von ca. 3-5 Jahren zurück. Er konnte sowieso nicht vernünftig gehen mit erhobenen Händen. Der Unteroffizier wollte ihn auf den Arm nehmen. Als er das versuchte, ging der Junge weinend rückwärts. Die anderen Kinder fingen an zu weinen und riefen: "Bitte, tötet nicht!". Der Unteroffizier erstarrte. Als wären sie da, um sie zu töten. Ein Freund vom Unteroffizier kam zu ihm und sagte ihm: "Was willst Du machen, willst Du sie zum Kindergarten bringen?" Der Unteroffizier ließ seine Wut bei seinem Freund aus.

Eigentlich verhielten wir uns nicht sehr schlecht. Andere Einheiten, die haben die Dorfbewohner so lange geschlagen, bis ihnen die Wunden am Körper aufplatzten. Die Polizisten hatten auch Spezialeinheiten. Kein Mensch wollte sich an sie erinnern. Sie verprügelten einen sehr. Wir durchsuchten wieder mal ein Dorf. Ein Vorgesetzter, der viel zu sagen hatte, rief uns zu sich und sagte: "Steht nicht rum, durchsucht mit!". Ein älterer Mann konnte vor Nervosität seinen Ausweis nicht finden. Der Vorgesetzte wurde wütend und gab meinem Kameraden ein Zeichen. Es war nicht unser Vorgesetzter. Unser Kamerad schlug so intensiv auf den alten Mann - er tobte sich an ihm aus. "So geht das nicht", sagte der Vorgesetzte unserem Kameraden, nahm sein Gewehr und schlug mit dem Kolben so lange auf den alten Mann ein, bis es brach. Der Mann blieb auf dem Boden liegen. Unser Kamerad sagte: "Mein Offizier, sie werden mich wegen dem kapputten Kolben ausschimpfen". Wir verhielten uns nie so schlecht.

Will der Soldat denn, nach Deiner Meinung, Krieg machen?

Wir wollten keinen Krieg machen. Warum sollen wir kämpfen? Aber, du willst ja auch nach Hause. Einige Ausnahmen, die das nicht wollten, waren Psychopathen. Manchmal schossen wir nicht, sondern saßen einfach da rum. Aber ein Tag Disziplinarstrafe kam einem dort vor wie ein Monat.

Deshalb mochten uns die Spezialeinheiten der Polizei nicht. Der Soldat kämpft nicht, sagen sie. Wenn es nach ihnen ginge, würde es noch schlimmer werden. Sie behaupten immer, die Soldaten würden nicht kämpfen. Aber wir hatten Dienstgrade. Der Soldat kommt immer vor der Polizei. Das konnten sie nicht ertragen.

Unter welchen Umständen wurden die Dörfer verbrannt und vernichtet?

Während der Durchsuchung. Es gab Dörfer, die evakuiert werden mußten. Deshalb wurden die Dörfer verbrannt, vernichtet und leergefegt. Der Bürgermeister oder die Dorfschützer waren der "Nachrichtendienst". Aufgrund ihrer Informationen wurden nur die Häuser der Verdächtigen verbrannt, vernichtet oder leergefegt.

Hast Du während der Auseinandersetzungen in Kulp einen Posten übernommen?

Ja.

Was geschah in Kulp?

Als wir ankamen, hatte es schon angefangen. Es war genauso wie in Sirnak, sogar noch schlimmer. Die Skoskys (Hubschrauber Anm. d.Red.) haben uns nach Kulp gebracht. Es herrschte dort ein Chaos. Der Gouverneur für die Notstandsgesetzgebung, **Ünal Erkan**, war persönlich anwesend und hatte eine Kalaschnikow in der Hand. Rechts und links um ihn waren Männer mit Kravatten und Maschinengewehren in der Hand. Der Brigadeoffizier der Gendarmerie war auch anwesend. Sie verteilten Anweisungen und Befehle. Zuerst konnten wir das nicht verstehen. Sowieso war es Nacht, als wir ankamen. Eigentlich unterliegen wir der Kompanie der Gendarmeriekommandantur, aber sie schickten den Brigadestabsgeneral. Hundert Meter oberhalb unserer Kompanie war die mechanisierte Infanterie stationiert. Maschinengewehre und Flugzeuge, alle umzingelten Kulp. Ein Knattern begann. In dieser Nacht, ich habe nicht genau gezählt, sind an die 160 Mörsersgeschosse abgeschossen worden.

Hat denn die Gegenseite auch geschossen?

Es sah nicht so aus. Manchmal wurden nach oben, in Richtung der Brigade, Leuchtkugeln gefeuert.

Habt Ihr Guerillas gesehen? Oder kamt Ihr mit ihnen auf Tuchfühlung?

Nein, wir haben keine gesehen. Danach wurde mit einer breit angelegten Durchsuchungsoperation begonnen. So viele Dörfer hatten wir hinter uns gebracht. Aber keine Tuchfühlung mit dem Feind.

Hattet Ihr, als Ihr Kulp bombardiert habt, ein Ziel im Visier?

Keines, der größte Teil von Kulp war schon leer. Es lagen nur tote Tiere auf der Straße. Wer übrig blieb, der hatte am Morgen, mit den Kindern im Arm, weinend das Dorf verlassen. Als dies geschah, gerieten die Offiziere in Panik. Sie behaupteten, die Bewohner hätten auf die Anweisungen der PKK gehört. Sie bekamen Angst, daß die PKK jetzt, wo keine zivile Bevölkerung mehr im Dorf ist, in der Nacht angreifen würde. Die Soldaten gerieten auch in Panik.

Kennst Du den Feldwebel Recep (Recep Cömert)?

Meinst Du den Gott von Kulp? Ihn kennt jeder. Er ist immer ganz vorne. Er sagt uns immer: "Meine Raubvögel, zerreißt alles!". Das Volk nennt ihn Reco. Die Obersten und Majore, alle hörten auf seine Befehle. Was er befiehlt, wurde gemacht. Sie fragten ihn immer: "Was sollen wir nun tun?". Wenn er nicht in Kulp dabei gewesen wäre, keiner hätte gewußt, was aus Kulp geworden wäre. Reco ist heute pensioniert. Er geht aber nicht.

Ist es so, daß der Recep Cömert, obwohl er pensioniert ist, die Uniform anzieht und weiter tätig ist?

Anzeige

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
Hattinger Straße 188 44795 Bochum
 Tel. 0234/ 450590
 FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
BIOLAND-Getreide
Eigene Mühle



Informationen
Betrieb in Selbstverwaltung

Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

Ja, ich hatte mich erkundigt, und man sagte mir das. Egal, wo er hingeht, die PKK wollte ihn unbedingt töten. Genauso wie sie den Major (**Esat Yildiran**) umgebracht haben. Damit das nicht mit Reco passiert, schicken sie ihn nicht weg. Der Feldwebel Reco hat sich der Sache gewidmet. Ich war bei zwei Operationen mit ihm. Er traute nur der von ihm selbst zusammengestellten Einheit. Mit ihm gingen wir zur Razzia in Basköy. Basköy war ein schönes Dorf. Wir gingen ins Dorf hinein.. Er hat alle Bewohner versammelt. Er befahl ihnen, die Grundstellung einzunehmen. Einer, den eine Fliege im Gesicht störte, versuchte, sie durch Zucken des Gesichts zu verschrecken. Aus Angst vor Reco konnte er seine Hand nicht dazu nehmen. Reco sah das. Er hat ihn fast zu Tode geschlagen. "Man darf die Grundstellung nicht vor den Soldaten ändern", sagte er. Damit man sie nicht erkennt, haben unsere Offiziere nur Kampfanzüge getragen. Man konnte nur ihre Augen sehen.

Recep jedoch brauchte das nicht. Alle haben ihn erkannt. Später hat er eine Frau zu sich gerufen. "Wer bin ich, wo ist deine Tochter?" rief er. Er kannte jeden. Er wußte, wer Ehemann, Ehefrau und Kinder hatte. "Woher soll ich es wissen", antwortete die Frau. Während er der Frau ein paar Ohrfeigen gab, fragte er sie: "Sag, wer bin ich?". Die Frau antwortete nur: "Woher soll ich es wissen?". Als Reco auch seine Ellenbogen dazu nahm, flehte die Frau ihn an: "Bitte, Reco, schlag mich nicht!".

Es waren auch hochrangige Offiziere anwesend. Dann haben diese eine Rede gehalten. Viel später dann haben wir 5 oder 6 Häuser dem Erdboden gleich gemacht. Auch hochrangige Generäle hätten es nicht gewagt, ihm was zu sagen. Die Offiziere erzählen, daß die Guerilla für seinen Kopf 2 Millionen Lira (damals ca. 1000 DM) ausgesetzt hat. Er redete nicht viel, er fluchte. Er fluchte immer.

Wenn er nach Kulp geht, geht er zuerst ins Cafe. Alle Insassen nehmen sofort die Grundstellung ein. So einer ist er.

Während der Kämpfe ist ein Hotel in Kulp verbrannt worden. Hast Du davon etwas mitbekommen?

Ja, es hatte ein paar Etagen. Ein Mann verbrannte mit. Seine Tochter soll eine Guerilla gewesen sein. Es wurde vernichtet, ich weiß das. Zuerst wurden Raketen geworfen, dann fuhren die BTR (= deutsche Radpanzer, Anm. d. Red.) hinein. Das kleinste Schußloch war so groß wie der Umfang eines Teeglasses. Vom Hotelbesitzer blieb nur das Skelett übrig. Bei der Durchsuchung haben wir es entdeckt. Dahinter war eine Moschee. Die Moschee verbrannte auch.

Was passierte, nachdem Ihr die Stadt Kulp über Nacht mit Raketen bombardiert habt?

Die Raketen schlugen in der Nacht in die Berge ein. Währenddessen haben ein paar Soldaten ihre Stellung verlassen, um die Geschäfte zu plündern. Einige hatten Walkman oder andere Sachen, und manche Wechselgeld in der Tasche. Jeder hatte etwas mitgehen lassen. Ein Kamerad erzählte mir, wie manche Fernseher in die Einheit getragen haben. Die Einheit war mit Tee, Geschirr..., eben mit verschiedenen Sachen gefüllt. Danach gab es den Tee, der sonst in der Einheit 500 Lira kostet, umsonst.

Während einige die Häuser durchsuchten, plünderten andere Soldaten die Geschäfte aus. Hinterher wurden die Geschäfte verbrannt.

Ich habe den Soldaten, der Wechselgeld mitgehen ließ, gefragt: "Was willst Du mit dem Wechselgeld machen?". Er antwortete: "Die Arschgef... haben nichts anderes übrig gelassen!".

Ihr habt also dort geplündert?

Ja sicher. das läuft doch immer so ab, und nicht anders. Unsere Einheit war voll mit Tee und Zucker. Sie hatten leckeren Tee.

Im vorigen Jahr im August waren in Hazaro Ausschreitungen - warst Du dabei?

Eigentlich schon. Unsere Einheit nicht, aber unsere Kameraden haben uns darüber berichtet. Acht bis neun Dörfer hatten gemeinsam eine Demo gemacht. Es gabe einige Tote. Und Kinder waren darunter. Meinst Du das?

Ja.

Das erzählten uns unsere Kameraden. Die demonstrierenden Dorfbewohner hätten rote Fahnen in der Hand gehabt. Die Mädchen hatten rotgelb-grüne Kopftücher getragen. Außer wenigen sind alle dorthin beordert worden. Mein Kamerad erzählte mir, er hätte mit der MG alles platt geschossen. Ein Schuß hätte einem Mann den Fuß zertrümmert. Die Dorfbewohner hätten mit Eseln und Traktoren demonstriert. Unter ihnen war ein Mädchen mit einem Esel. Der Unteroffizier hätte den Soldaten gesagt: "Sie gehört Euch, Jungs!". Er meinte, sie hätten sie vergewaltigen dürfen. Ein anderer Offizier hätte das verhindert. Sie flohte sowieso: "Tut mir das nicht an!". Als sie abziehen durfte, haben oben andere Soldaten sie geschnappt. Sie schafften es, sie zu vergewaltigen. In dem Durcheinander war es schwer festzustellen, wer was machte. Unsere Kameraden waren traurig, daß sie sie nicht vergewaltigen konnten. Diese Sachen passieren oft. Uns schickten sie viel später nach Kulp, um die Straßen zu sperren. Währenddessen kam ein junger Mann, ca. 19 Jahre, mit einem Pferdegespann

an. Wir haben ihn angehalten und ausgefragt: "Woher kommst Du, warum habt Ihr Kulp verbrannt, wo warst Du vergangene Nacht und wohin gehst Du?" Er käme nach Kulp, wegen der Musterung und wegen der Vorkommnisse hätte er nicht vor heute zu seinem Dorf zurückkehren können. Er machte einen anständigen Eindruck. Unser Offizier machte einem Kameraden ein Zeichen und fügte hinzu: "Nehmt ihn runter und macht ihn fertig". Er hat, ohne was zu sagen, alles gemacht, was man ihm befahl. Der Kamerad hat ihn so zusammengeschlagen, daß der Junge blutüberströmt war. Er begab sich reglos in Grundstellung. Als er stärker traktiert wurde, schützte er seinen Kopf mit den Händen. Als das Schlagen aufhörte, kam er zu uns und fragte uns: "Warum tut Ihr das? Ich wollte auch wie ihr Soldat werden. Ich lebe auch in der Türkei." Er war nicht einmal böse auf uns. Als hätte er Mitleid mit uns. Als wollte er uns so viel sagen und hätte es doch nicht getan. Mit Sicherheit ist er in die Berge gegangen (= Guerilla geworden). Der Offizier hatte ihn mit einem "Verpiß Dich" weggejagt. So etwas ist bei uns an der Tagesordnung.

Habt Ihr in Kulp andere Auseinandersetzungen erlebt?

In Kulp ist viel passiert. Es gab Tote. Einem ist der Schädel zerschlagen worden. Der Staatsanwalt und ein Arzt sind gekommen. Sie haben einen Schreiber bei sich gehabt. Der Staatsanwalt fragte mich: "Wie viele Schüsse hat er abbekommen?" Ich schaute den Unteroffizier an. Der schoß noch eine Ladung in die Leiche und antwortete: "Was macht das schon aus? Wir haben jede Menge davon." Dem Toten, dem der Schädel zerschlagen worden war, waren die Hände hinter dem Rücken gefesselt. Sein Gesicht war nicht zu identifizieren. Es war sichtbar. Ihm war von hinten in den Kopf geschossen worden. Die Patrone hatte beim Austritt sein Gesicht zerfetzt. Seine Füße waren auch gefesselt. Wir konnten das sehen, als die Leiche umgedreht worden war. Er war geschleift worden. Der Staatsanwalt ließ die Fußfesseln lösen: "Damit man nicht erkennen kann, daß er geschleift worden war", wie er sagte.

Bei den Razzien und Hausdurchsuchungen, laßt Ihr da die Bewohner zuerst in die Häuser gehen?

Nee, wenn wir in ein Dorf kommen, machen wir zuerst die Verdächtigen aus. Nachdem wir alle zusammengerufen haben, legen wir den Verdächtigen die Handschellen an und lassen sie vorausgehen. Wir nennen sie "Masonett", das sind selbstschließende Handschellen. Wenn man die Hände bewegt, ziehen sich die Handschellen

immer fester zusammen. Die Handschellen haben Eisenstachel. Sie ziehen sich zu, bis die Handgelenke bluten.

Wir schmeißen sie in das Haus und schießen ein paar mal rein. Wenn zurückgeschossen wird, schmeißen wir Handgranaten rein und schießen volle Feuerkraft in das Haus. Viele flehen uns an: "Bitte, tut mir das nicht an!" Wenn ein Mann im Alter deines Vaters dich so anfleht, das geht tief rein. Einige stört das nicht, sie schlugen sogar härter und verbrannten das Haus hinterher.

Was habt Ihr mit Wertsachen und Geld gemacht, das Ihr in den Häusern findet?

Meistens wurde das mitgenommen. Der Soldat nimmt das. Ein Soldat kam einmal mit zwei Kassetten und einer Musikanlage heraus. Der Obergefreite sagte zu ihm: "Das ist nicht gut, laß das liegen." Der Soldat hat es daraufhin einfach auf den Boden fallen lassen. Der Obergefreite daraufhin lachend: "Du darfst nicht alles so wörtlich nehmen!"

Bei den Durchsuchungen, bei denen alle Dorfbewohner strammstehen mußten, habt Ihr da zur Abschreckung auch Leute erschossen?

Ich habe so etwas gehört. Ich war aber nicht dabei. Aber ich habe viel davon gehört. Verprügelte habe ich viele gesehen. Sie weinten wie kleine Kinder. - Aber ich habe sehr viel darüber gehört. Festgenommene, die nicht zum Reden gebracht worden waren, sind erschossen worden und wurden später als Terroristen dargestellt. Das habe ich gehört. Später habe ich das auch im Fernsehen gesehen. Der und der Terrorist, dort und dort tot gefaßt.

Waren die Dorfschützer Euch behilflich?

Sehr sogar. Aber man konnte nicht allen trauen. Wir schickten sie immer voraus.

Hat man Euch gesagt, daß Ihr denen nicht trauen dürft?

Ja, so sagte man uns.

Habt Ihr bei Razzien vorher Waffen in den Häusern versteckt?

Natürlich, als Täuschungsmanöver. Du schmeißt irgendwohin eine Kalaschnikow, und ein Soldat findet sie. Dieser Soldat kennt den Trick nicht und kommt voller Freude an, er habe ein MG gefunden. "Ich habe etwas gefunden", sagt er dann. Der Hausbewohner wird gerufen. Er sagt erleichtert: "Das ist aber nicht mein Gewehr" - und dann ist er dran: "Hol Deines heraus!", wird ihm daraufhin gesagt.

Wenn man zur Durchsuchung geht, bringt man jeden zum Sprechen. Bei einer Razzia, bei der ich anwesend war, wurde der Verdächtige splinternackt ausgezogen. Es lag Schnee. Sie legten ihn auf den Schnee und verprügelten ihn. Der Mann konnte gar nicht mehr reden, weil er vor Kälte blau angelaufen war und am ganzen

Körper zitterte. Sie drückten ihm den Kopf in den Schnee. Er war ganz nackt. Der Obergefreite machte das. Sicher ist dieser Mann gestorben.

Seid Ihr in das Dorf Tepecik zur Durchsuchung gegangen? Es wurde viel in den Medien darüber berichtet. - Weißt Du über diese Durchsuchungen Bescheid?

Wir gingen zuerst dahin. Wir haben die verdächtigen Häuser durchsucht und verbrannt. In der Morgendämmerung sind wir - ein Teil von vorne und ein Teil von hinten - in das Dorf einmarschiert. Wir haben lange zum Dorf gebraucht. Wir haben große Umwege gemacht. Trotzdem hat uns keiner beim Einmarschieren bemerkt. Fünf oder sechs Häuser hatten wir verbrannt. Im Anschluß haben wir die Dorfbewohner deportiert. Die, deren Häuser ausbrannten, waren entsetzt. Das brennende Heu knatterte, auch aus den Häusern kamen solche Geräusche. Das zeigte uns, daß in den Häusern Munition versteckt war. Wir haben Tepecik durchsucht, manche Häuser verbrannt und die Bewohner deportiert. Danach gingen wir weg. Es geschah so viel - ich weiß nicht mehr.

(Die deutsche Fassung ist vom Revolutionären Kurdistan-Komitee Köln als Broschüre herausgegeben worden und über DIDF zum Preis von Drei Mark plus Porto erhältlich. Der in der AntifaZ abgedruckte Text ist eine sprachlich leicht überarbeitete Wiedergabe.)

AntifaZ

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
Oerweg 28
45657 Recklinghausen
Tel.: 02361/ 26345
Redaktionsanschrift:
Antifa-Zentrum
Herner Str. 43
45657 Recklinghausen
Tel.: 02361/21686
Redaktionssitzung
Donnerstag, 19.-20.00 Uhr.
Abonnen- und Anzeigenkonto:
BLZ: 430 500 01
Kto.-Nr.: 334 01 027
Stichwort: AntifaZ
Sparkasse Bochum
Auflage: 1000
Druck: LUPEN OFFSETDRUCK
DUISBURG

Mitgewirkt haben:
Wolfgang E., Bruno, Klaus D., Thea A. St.,
Wolfgang T., Elke W.

HUNGERSTREIK FÜR MENSCHENWÜRDIGE BEHANDLUNG

Seit dem 10. Januar 1994 befindet sich die kurdische Mutter von 5 Kindern im Alter zwischen 4 und 17 Jahren, Meryem LACIN, im Hungerstreik. Die Familie stammt aus Sirnak und befindet sich seit 1988 in Deutschland. Der Antrag der Eheleute Mehmet und Meryem Lacin auf Asyl wurde bereits 1990 bzw. 1991 als unbegründet abgewiesen, den Kindern dagegen gnädigerweise ein Aufenthaltsrecht gewährt. Mehmet Lacin hatte in seiner Verzweiflung versucht, sich durch Selbstverbrennung das Leben zu nehmen, wurde aber gerettet und ist seither schwer krank. Zur Zeit wird die Familie in der "Staatlichen Unterkunft" in Bayreuth in zwei kleinen, ärmlich möblierten Zimmern isoliert gehalten, um die Abschiebung in die Türkei vorzubereiten. Mehmet Lacin war vor der Flucht der Familie in der Türkei in Poli-

zeihaft genommen und gefoltert worden, vorgeworfen wurde ihm Unterstützung der PKK. Bisher hatte man die Familie trotz Ablehnung des Aufenthaltsrechts für die Eltern im Status der Rechtsunsicherheit hier leben lassen; seit dem offiziell erklärten PKK-Verbot hingegen, das in Wirklichkeit die kurdischen Vereine trifft und treffen soll, die sich für den Freiheitskampf des kurdischen Volkes einsetzen, läuft die Abschiebungsmaschinerie auch für Menschen aus Kurdistan auf Hochtouren. All das, was der türkische Staat an Verbrechen gegen diese Menschen begeht (vgl. in dieser Nummer den Teil 2 der "Schrecklichen Geständnisse"), zählt heute nicht mehr. Der deutsche Staat will sich offenbar keine Asylgewährung mehr für Menschen aus Nordkurdistan leisten, denn das ist ja immer auch ein kleiner Tritt vor das Schienbein des NATO-Partners Türkei, bei dem man nach wie vor seine nicht mehr gebrauchten Waffen "entsorgen" möchte; und dazu gehört denn auch das "Menschenmaterial", das damit traktiert wird. Und dieses Geschäft läuft weiter auf Hochtouren, denn zur "Entsorgung" stehen auch die Waffen an, die die aus Deutschland abgerückten US-Truppen freundlicherweise hier haben liegen lassen. Ganze Güterzüge, vollbepackt mit Munition, warten von Zeit zu Zeit in Bremerhaven auf Umladung in die Schiffe Richtung Türkei. Das Material auf eine

Bevölkerung, deren Vorhandensein für den türkischen Staat eh störend ist, verschleßen zu lassen, kommt offensichtlich billiger als seine Verschrottung.

Und um dergleichen unangefochten betreiben zu können, wird denn auch - in der Gewißheit, daß man den "Otto Normalverbraucher" hierzulande über die Vorgänge im fernen Kurdistan hinreichend desinformiert hat - in Verlautbarungen der Bundesregierung das Blaue vom Himmel gelogen. Als Beispiel diene hier die Begründung des oben angesprochene "PKK-Verbots", und da oben von Sirnak die Rede ist, sei zitiert, was dort zur Zerstörung dieser Stadt durch die türkischen "Sicherheitskräfte" vorgebracht wird:

"Militärische Auseinandersetzungen zwischen türkischen Sicherheitskräften und PKK-Kämpfern in der südosttürkischen Stadt Sirnak, die am 18. August 1992 begannen, lösten im Jahr 1992 eine dritte Welle von Gewaltaktionen in Deutschland aus. Allein zwischen dem 22. und 26. August kam es (...) zu mehr als 30 größtenteils gewaltsamen Aktionen gegen türkische Einrichtungen mit erheblichem Sachschaden."

Ja, ja, diese Sachschäden an "türkischen Einrichtungen" haben es so in sich. Sie sind nur eine winzige Widerspiegelung dessen, was der türkische Staat in Kurdistan anrichtet, und auch wenn Gewalt die einzige

Sprache ist, die der Adressat zu verstehen scheint, so handelt es sich hier doch nur um einen eher hilflosen Ausdruck von Ohnmacht und verzweifelter Wut. Hilflos deswegen, weil der so "angesprochene" Gegner noch ganz andere "Pfeile im Köcher" hat. Aber: Das ist die Gewalt, die hierzulande zählt. Und man unterläßt auch alles, um den amtlichen oder halbamtlichen Charakter der angegriffenen "türkischen Einrichtungen" zu vermerken, und kann die Sachschäden so als einen Ausdruck von Verletzung des "Gedankens der Völkerverständigung" hinstellen, den der deutsche Staat angeblich schützt. Wie wir auch in der AntifaZ berichtet hatten, wurde vom 18. bis 20. August 1992 die kurdische Stadt Sirnak (25.000 Einwohner) in Schutt und Asche gelegt. Wieder waren auch deutsche Waffen zum Einsatz gekommen, wieder gab es weder Tote und Verletzte unter den "Sicherheitskräften", die hier tagelang ein Dauerfeuer gegen die Zivilbevölkerung veranstaltet hatten, noch zerstörte öffentliche Gebäude (etwa der dortigen Kaserne). Unter den zahlreichen Toten und Verletzten befand sich niemand, der der PKK-Guerilla hätte zugerechnet werden können. Beobachterdelegationen (darunter auch eine Allparteien-delegation des britischen Unterhauses) kamen zu dem einhelligen Ergebnis, daß etwa unter den zahlreichen Geschöbshülen, die gefunden wurden, nur solche waren, die von den türkischen "Sicherheitskräften" verschossen worden waren (darunter deutsche Panzergeschosse), das Ausmaß der Vernichtung war nur noch um einiges größer als bei dem vom türkischen Staat aus Anlaß des Newrozfestes 1992 angerichteten Massaker (bei der es sich im übrigen, folgt man der Verbotsbegründung, um

"aufstandsähnliche Auseinandersetzungen zwischen türkischen Sicherheitskräften und Kurden" gehandelt haben soll, bei denen "vertragswidrig" "Manschaftstransportwagen" verwendet worden sein sollen, wie man die Panzerkampfwagen vornehm umschrieb, die aus vollen Rohren auf unbewaffnete Frauen, Kinder und alte Männer geschossen und auf dem Boden sitzende Personen zu Tode gequetscht hatten). Insbesondere wurden die überlebenden Menschen der zerstörten Stadt Sirnak angesichts des bevorstehenden Winters einer weiteren hohen Lebensbedrohung ausgesetzt. Es gehört schon ein gehöriges Maß an Unverschämtheit und Menschenverachtung dazu, hier "militärische Auseinandersetzungen zwischen türkischen Sicherheitskräften und PKK-Kämpfern" zu unterstellen. Es wäre natürlich auch weit gefehlt zu erwarten, daß hier die türkische oder deutsche Regierung auch nur einen Gedanken daran verschwendete, an die betroffene Bevölkerung, soweit dies überhaupt möglich ist, Entschädigung zu leisten.

Soll das zerstörte Sirnak der Ort sein, in den man die

Eheleute Lacin "zurückzuführen" gedenkt? Der Abschiebungsmaschinerie fallen allein in Frankfurt am Main jeden Tag 50 bis 80 Menschen zum Opfer, die, meist unter Anwendung körperlicher Gewalt und gefesselt, eskortiert von bewaffneten Kräften des Bundesgrenzschutzes, auf dem Flughafen "zurückgeführt" werden. (Der Frankfurter Flughafen bildet da beileibe keine Ausnahme.)

Der Freistaat Bayern hat sich für diese Art der "ethnischen Säuberung" noch einiges mehr einfallen lassen. Am 07.02.94 haben sich Bayerns Innenminister Beckstein und sein tschechischer Amtskollege Ruml darauf verständigt, daß abgelehnte Flüchtlinge von der bayrisch-tschechischen Grenze in Polizeibegleitung durch die Tschechische Republik hindurch in deren Nachbarländer verbracht werden; diese "polizeiliche Durchbeförderung" kostet die bayrischen Steuerzahler 1,9 Millionen DM. Eine ähnliche Regelung besteht zu Österreich. Und der tschechische Staat ist dem Beispiel gefolgt und hat mit Slowakei und Ungarn Analoges vereinbart. Mit Rumänien wird noch verhandelt. Es ist nur eine Frage des Geldes, das man als Preis für

Anzeige

Jonglieren
Fahrräder
Theater
Artistik
Kunst

balance. Nichts sonst.

Kortumstr.5 44787 Bochum 1Tel.:0234 -12051/52

Anzeige

Cafe Alibi

Kaiserwall 11a

45657 Recklinghausen

☎ 02361/ 27709

Mo.-Fr. ab 9.30 Uhr

Sa + So ab 18.00 Uhr

diese "Dienstleistung" zahlen will.

Nun, im Falle der Familie Lacin hat sich gegen den offenkundigen Schindluder, der hier mit dem Menschenrecht auf Leben und Asyl und mit der Menschenwürde ganz allgemein getrieben wird, ein breiter Kreis von Unterstützerinnen und Unterstützern aus verschiedenen gesellschaftspolitischen Gruppen mehrerer Städte (Coburg, Bamberg, Plauen u.a.) zu einer Initiative zur Unterstützung der Familie Lacin (Postfach 2704, 96450 Coburg) zusammengeschlossen und bei den Vereinigten Coburger Sparkassen (BLZ 783 500 00) unter dem Stichwort "Hilfe für Familie Lacin" ein Spendenkonto (Nr. 771543) eingerichtet. Eine Demonstration von etwa 100 Personen am 12.02.94 sah sich massiver Bedrängung durch die Polizei ausgesetzt, wobei sich ein Zivilpolizist durch körperliche Attacken auf Teilnehmer als Agent provocateur zu betätigen versuchte. Um einen unmittelbaren Zugriff durch die Abschiebungsbehörden zu verhindern, haben Initiativmitglieder eine Zeitlang bei der Familie übernachtet (inzwischen gibt es eine Zusicherung, daß eine Nacht- und Nebelaktion nicht mehr beabsichtigt sei).

In einem am 14.02.94 veröffentlichten Informationsblatt dieser Initiative heißt es zum konkreten Fall u.a.:

"Aufgrund der erfahrenen Folter und der Lebenssituation leidet Mehmet Lacin unter Depressionen. Diverse Atteste bestätigen das. Zitat aus der Stellungnahme des Diplom-Psychologen Dr. Karl Peltzer vom Psychosozialen Zentrum für Flüchtlinge in Frankfurt:

'Herr Lacin und seine Familie haben als Kurden eine lange Geschichte der politischen Verfolgung (einschließlich Gefängnis und Folter) hinter sich. Seine jetzige psychische Störung

besteht zu einem wesentlichen Teil immer noch in diesem Zusammenhang.

Herr Lacin benötigt daher unbedingt:

1. eine längere psychologische Behandlung (sechs bis zwölf Monate in einem psychosozialen Zentrum) und

2. eine Umgebung, wo er mehr Kontakt zu Landsleuten haben kann.'

Diesem Befund schließen sich an: Dr. Michael Steinborn (Bayreuth), Dr. Michael Moritz und Dr. Hermann Traut (aus Marburg).

Das Gesundheitsamt ignoriert die Atteste und dringenden ärztlichen Empfehlungen. Unter Androhung von Zwangsmaßnahmen wird der kranke Mehmet zur behördlichen Untersuchung geladen. (...) Es wird die Absicht verfolgt, Mehmet für gesund und reisefähig zu erklären, um die Abschiebung durchführen zu können. Nach dem 'Asylverfahrensgesetz' ist die Ehefrau davon ebenfalls betroffen.

(...) Eine Behandlung der Folterfolgen ist für die Behörden kein Thema. Seit eineinhalb Jahren befindet sich die Familie in einem rechtlosen Status. Außerdem besteht keine Duldung mehr; d.h. die Eltern können jederzeit abgeschoben werden."

Um auf diesen in Deutschland heute beinahe schon zum Alltag gewordenen Skandal aufmerksam zu machen, ist Mehmet Lacin in den Hungerstreik getreten. Die konkreten Forderungen sind:

- Verlegung der Familie in den Raum Frankfurt (Gießen oder Marburg),

- Aufnahme des Mannes in das Psychosoziale Zentrum für Flüchtlinge in Frankfurt (oder Berlin).

Generell wird ein Bleiberecht für alle kurdischen Flüchtlinge gefordert.

Abschließend seien die Worte einer anderen kurdischen Mutter zitiert, nämlich der Mutter des nach vorheriger Folterung am 23. September 1992 durch Fesselung mit einem Stahlseil an einen aus Deutschland gelieferten Radpanzer zu Tode geschleiften Mesut Dündar:

"Nicht die Türkei ziehe ich zur Rechenschaft; sie kennen wir alle gut und auch die Welt kennt sie. Wir haben keine Erwartungen an sie, denn ein kurdisches Sprichwort heißt: 'Erwarte von deinem Feind nur das Schlimmste, damit du dich nicht täuschst.' Aber die deutschen Verantwortlichen, die sich das Image der Verteidiger und Retter der Menschenrechte geben möchten, ziehe ich zur Rechenschaft. Sie sind am Mord an Mesut genau so schuldig wie die türkischen Soldaten. Was haben wir ihnen getan, warum tun sie uns all das an? Auch die Deutschen sind die Mörder meines Sohnes. Sie sind mir Rechenschaft schuldig. Ich verlange durch die Öffentlichkeit, daß die Mörder meines Sohnes bestraft werden. Sagt bitte den Menschen dort, sie sollen die Waffenlieferungen verhindern, denn wir werden mit diesen Waffen erdrosselt und getötet." (Zitiert nach: Völkermordanzeige gegen bundesdeutsche staatliche Stellen wegen Unterstützung des Völkermordes am kurdischen Volk, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD e.V.; 2. Auflage, November 1993; das Kurdistan-Komitee in der BRD e.V. wurde im November 1993 ebenfalls verboten, die veröffentlichte Völkermordanzeige - wer hätte auch anderes erwartet - kurzweilig als "Propagandamaterial der PKK" beschlagnahmt; inzwischen hat die Generalbundesanwaltschaft die Ablehnung der Anzeige verkündet, weil ein "Anfangsverdacht" dafür nicht gegeben sei.) **KD**

ERLEBNIS IN DEN NIEDERLANDEN...

EIN HÜBSCHES GESPRÄCH

Um sechs Uhr begibt sich Murat auf den Weg nach Hause. Erst drei Stunden später ist er tatsächlich zu Hause. In der Zeit dazwischen ist er entführt und mit Handschellen gefesselt worden, ihm wurden die Augen verbunden, und er wurde an einen geheimen Ort verbracht, wo er von drei Männern vernommen wurde. Ob er Informationen über Devrimci Sol geben und Informant werden wolle. Mit einer Beule auf dem Hinterkopf kann Murat es noch hinterher erzählen.

LINKER KURDE DURCH GEHEIMDIENST ENTFÜHRT UND EINGESCHÜCHTERT

Rotterdam, Samstag, den 11. Dezember. Murat* ist in seinem Auto auf dem Weg zum Bahnhof, um eine Zeitung zu kaufen. Bereits seit Tagen hat er die Vorstellung, verfolgt zu werden. Auch jetzt wieder fährt ständig ein weißer Peugeot 205 hinter ihm her. Als er mit seiner Zeitung zurückkommt, sieht es so aus, als wären die Türen seines Autos geöffnet worden. Murat ist mißtrauisch. Nachdem er eine Zeitlang gewartet hat, begibt er sich doch auf den Weg nach Hause. Er paßt genau auf, merkt aber nichts von eventuellen Verfolgern. Etwa zweihundert Meter vor seinem Haus, an einem Parkplatz, wird er angehalten.

"Ich dachte, es wäre Polizei. Ein Mann kam auf mich zu, ein Holländer. Er war ein bißchen dick, mit Halbglatze, blond und im mittleren Alter. Er war in Zivil.

Er sagte, er sei von der Polizei und ich müsse aus dem Auto steigen. Das tat ich auch."

Murat steigt aus, wird gegen das Auto gedrückt und durchsucht. Der Mann sagt, er müsse mitkommen, und führt ihn zu einem anderen Auto. Dort wird Murat plötzlich von zwei Männern von hinten gepackt und in das Auto gezerrt. Auf türkisch wird ihm gesagt, daß man mit ihm ein Gespräch führen wolle.

EIN FLOTTER MONATSLOHN

Murat denkt sogleich an den türkischen Geheimdienst und beginnt, Widerstand zu leisten und zu schreien.

"Ich hatte die Vermutung, daß sie von der türkischen Polizei waren, oder vom türkischen Geheimdienst. Als ich Widerstand leistete, haben sie mir Handschellen angelegt und eine Augenbinde. Ich wurde auf die hintere Sitzbank gedrückt, so daß ich mich nicht bewegen konnte, mich aber auch niemand sehen konnte. Der Türke sagte, ich brauchte keine Angst zu haben, sie wollten nur mit mir sprechen."

Es folgt eine Fahrt von ungefähr einer Viertelstunde. Im Auto sitzen drei Mann. Murat stellt fest, daß er sich in internationaler Gesellschaft befindet, einer spricht Niederländisch, der zweite Türkisch, der dritte Englisch. Murat versucht, darauf zu achten, wohin sie fahren. Er

versucht, sich die Einbiegungen einzuprägen, merkt, daß sie nicht schnell fahren und daß nicht viel geschaltet wird. Er meint, daß sie in Richtung Capelle gefahren sind, weiß es aber nicht sicher. Am Ende der Fahrt hört Murat, daß ein Tor geöffnet wird. Er wird aus dem Auto geholt.

"Ich spürte Kies unter meinen Füßen. Ich wurde zwischen zwei Männern nach innen gebracht. Ich wurde in ein kleines Zimmer gebracht. Ich war noch immer gefesselt und meine Augen verbunden. Der Türke fing an, zu mir zu sprechen. Er sagte, ich müsse gut nachdenken über das, was sie mir erzählten, und nicht sofort 'nein' sagen. Der Niederländer sagte, daß man mir bereits fünf Tage gefolgt sei."

Der Türke beginnt, Murat nach seinen politischen Aktivitäten zu befragen. Sie wissen offenbar, daß er sich seit einiger Zeit von der Gruppierung, in der er früher aktiv war, ferngehalten hat. Sie versuchen, Murat dafür zu gewinnen, für sie zu arbeiten. Sie bieten ihm einen Monatsbetrag von 15.000 Gulden an. Er soll wieder aktiv werden und Informationen weiterleiten. Außerdem soll er Flugblätter mit Kommentaren versehen. Sie sind offenbar an den Zukunftsabsichten von Devrimci Sol interessiert. Der englischsprachige Mann stellt selbst keine Fragen an Murat, aber es hat den Anschein, als ob er die anderen beiden instruiere.

"Ich fing an, auf türkisch auf sie zu schimpfen. Ich würde mich nicht kaufen lassen; sie seien Hunde, die sich verkauft hätten. Da stellten sie untereinander Überlegungen an. Danach sagte der Türke zu mir: 'Wir zeigen Dir jetzt zwei Fotos.' Er hob die Augenbinde vor einem meiner Augen an und hielt mir Fotos vor das Auge. Ich versuchte, den Kopf zu drehen, um einen Blick auf die Männer in dem Zimmer zu werfen. Zugleich zogen sie mir die gefesselten Arme hoch. Das tat richtig weh. Ich konnte nur sehen, daß ein Schreibtisch in dem Zimmer stand, einer aus Holz."

Murat wird nach den Leuten auf dem Foto, das er zu sehen bekommt, gefragt. Die Fotos waren wahrscheinlich Observationsfotos, auf der Straße gemacht. Auf einem Foto stand Murat zusammen mit jemandem, den er zwei Jahre vorher getroffen hatte. Die Befrager wollten wissen, wer der Mann ist und worüber sie damals gesprochen haben. Murat sagt nichts. Die Männer überlegen wieder miteinander. Sie beginnen, Murat Fragen über "Ali" zu stellen, der nach ihrer Meinung der Vorsitzende von Devrimci Sol in den Niederlanden ist. Sie wollten wissen, wie es kommt, daß Devrimci Sol sich so schnell in den Niederlanden hat ausbreiten können. Der Türke fragt, ob ich wisse, daß sie "Ali" festgenommen hätten. Ich sagte, ich hätte so etwas gehört. Sie sagten, ich solle ihnen über "Ali" Informationen besorgen, Beweise für die Beschuldigung der Erpressung von Ladenbesitzern usw. Ich brauchte ihnen bloß die Namen von Ladenbesitzern zu nennen, wo in der Vergangenheit gesammelt worden sei. Das tat ich natürlich nicht. Danach überlegten sie wieder

miteinander, und dann sagte der Niederländer, das Gespräch sei beendet."

Murat wird zum Auto zurückgebracht. Er ist inzwischen vor allem an einer Sache interessiert: die Gesichter der Männer zu sehen zu bekommen, damit er sie später wiedererkennen kann.

Murat wird aus dem Auto geholt

BLUT UND BEULEN

und auf den Boden gedrückt. Handschellen und Augenbinde werden ihm von dem Türken abgenommen. Dabei sagt dieser, er solle sich alles noch einmal überlegen. Sie würden noch mal kommen und mit ihm reden. Murat zieht an den Beinen des Mannes. Der Türke kommt zu Fall und unter Murat zu liegen, der beginnt, auf ihn einzuschlagen. Von dem, was dann geschah, weiß Murat überhaupt nichts mehr.

"Ich glaube, sie haben mich mit einem Knüppel bewußtlos geschlagen. Als ich zu mir kam, lag ich direkt neben meinem Auto, dort, wo sie mich aufgegriffen hatten. Als ich im Auto in den Spiegel guckte, sah ich, daß an meiner Nase getrocknetes Blut klebte. Ich fuhr dann nach Hause und danach zu einer Freundin von mir. Die hat Fotos davon gemacht, wie ich aussah. Auch später wurde es mir ganz schwarz vor den Augen. Ich wurde nicht bewußtlos, aber ich konnte mich nicht mehr auf den Beinen halten. Da erst merkte ich, daß ich am Hinterkopf eine dicke Beule hatte."

Rotterdam, Dienstag, den 14. Dezember. In der Wohnung, wo Murat wohnt, wird geschellt. Durch die Gegensprechanlage meldet sich wieder der

türkische Mann, mit dem er drei Tage vorher "Bekanntschaft geschlossen" hat. Der Mann sagt, er wolle wieder mit ihm sprechen, und fragt, ob er schon darüber nachgedacht habe. Murat sagt, der Mann solle warten, er werde gleich nach unten kommen. Als er ein paar Minuten später nach unten kommt, ist niemand mehr zu sehen.

10. Januar 1994

Bernard van Eijk
Im Einvernehmen mit
Anwaltsbüro Jansen & Jansen
Hinweis:
) Name von der Redaktion
geändert.

(Einlegeblatt in:
KONFRONTATIE, Links
maandblad, Nr. 28, Januar
1994; aus dem
Niederländischen übersetzt von
Klaus Dillmann)

Anzeige

KUCHE AUS 100% RECHT GEMISCHT

KOKILE

Original türkische Küche

Bochum, Südring 24
Tel. 66611
geöffnet
Montags bis Sonntag:
18.00 Uhr bis 3.00 Uhr
nachts

**Should the baby live?
Peter Singer/ Helga Kuhse
Muß dieses Kind am Leben bleiben?**

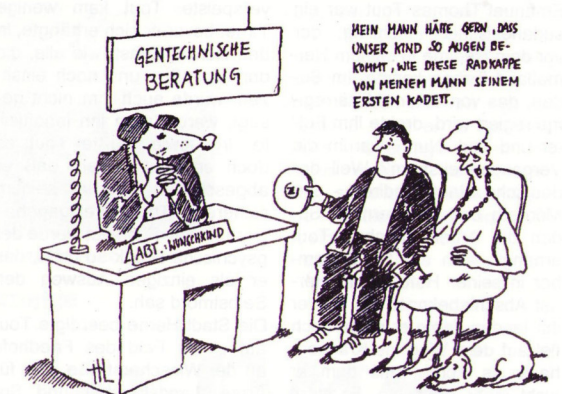
Im Herbst letzten Jahres ist das zweite Buch von Peter Singer erschienen, in dem er sich mit der Tötung schwerstgeschädigter Neugeborener befaßt. Eigentlich wollte der Rowohlt-Verlag dieses Buch veröffentlichen, nachdem jedoch Behindertenverbände vehement gegen dieses Buch protestierten und verschiedene Aktionen gegen den Verlag durchgeführt hatten - so z.B. bei der Frankfurter Buchmesse '92, wo vor dem Rowohlt-Stand Flugblätter verteilt wurden, die über die 'Philosophie' Singers informierten - sah sich Rowohlt gezwungen, die Veröffentlichung in allerletzter Minute auszusetzen, dies meldete die Frankfurter Rundschau am 29. Mai '93.

Anzeige

Frauen werden weltweit in ihren Menschenrechten verletzt. Wir arbeiten dagegen. Unterstützen Sie uns durch Ihre Mitarbeit, Spende oder Fördermitgliedschaft.

Postgüter Hamburg
Kontonr. 15 10 60 - 204
BLZ 200 100 20
Spender sind steuerlich abzugsfähig.
Nähere Informationen: 

TERRE DES FEMMES e.V.
Menschenrechte für die Frau
Postfach 2531 7-000 Tübingen
Telefon 070 71-242 89



Aber dennoch war die Veröffentlichung damit nicht endgültig verhindert, die Rechte an der deutschen Version dieses Buches zog nämlich der Erlanger Verlag HARALD FISCHER an sich und warf es auf den Markt.

Der zweite Veröffentlichungsversuch dieses Buches wurde diesmal so geheim und unter Ausschluß der Öffentlichkeit betrieben, daß dagegen nicht protestiert werden konnte. Lediglich die Hamburger Stadtteilzeitung 'Schanzenleben' berichtete in ihrer Herbstausgabe von dem klammheimlichen Erscheinen dieses Buches beim Harald-Fischer Verlag. In

diesem Zeitraum fiel auch die Veröffentlichung eines weiteren Buches von Helga Kuhse: 'Heiligkeit des menschlichen Lebens. Eine philosophische Kritik', ebenfalls beim H.Fischer Verlag.

Das nun neu veröffentlichte Buch von Singer und Kuhse ist schon 1985 im Verlag Oxford University Press erschienen. Nachdem die Autoren eine starke Opposition gegen die in ihrem Buch vertretenen Thesen in Deutschland erfahren mußten, zögerten sie das Erscheinen der deutschen Ausgabe soweit hinaus, bis die Wogen wieder geglättet schienen.

Bruno

T O D

im Herner

ABSCHIEBE KNAST

Emanuel Thomas Tout war ein sudanesischer Flüchtling, der vor dem Regime in seinem Heimatland fliehen konnte. Im Sudan, das von einem Militärregime regiert wird, drohte ihm Folter und Tod. Nun, warum die Vergangenheitsform? Weil der deutsche Staat - indirekt - den Mördern und Folterern im Sudan die Arbeit abnahm. Tout erhängte sich am 17. Dezember in seiner Haftzelle im Herner Abschiebeknast. Als Wärter ihn fanden, lebte er noch, doch fiel auf dem Weg ins Krankenhaus ins Koma, aus dem er nicht mehr erwachte. Er starb am ersten Weihnachtstag, als der 'normale' Deutsche gerade seine Weihnachtsgans

verspeiste. Tout kam wenige Tage, bevor er sich erhängte, in den Herner Knast, wie alle, die dort einsaßen und noch einsitzen, wurde auch ihm nicht gesagt, warum man ihn inhaftigte. Irgendwie mußte Tout es doch erfahren haben, daß er abgeschoben und so seinem sicheren Tod preisgegeben werden soll. Für Tout wurde der psychische Druck so groß, das er als einzigen Ausweg den Selbstmord sah. Die Stadt Herne beerdigte Tout auf einem Feld des Friedhofs an der Wiescherstraße, das für Arme, Landstreicher und Sozialbenachteiligte angelegt wurde. Für ein ordentlicheres, wür-

digeres Grab wollte die Stadt nicht aufkommen.

Am 22. Januar '94 fand ein Trauermarsch vom Herner Abschiebeknast durch die Herner Innenstadt zum Grab Touts statt. Das Informationszentrum Dritte Welt und die Abschiebeknastgruppe hatten zu dieser Demo aufgerufen, an der ca. 500 Leute teilnahmen.

Am selben Tag, als Tout sich erhängte, besuchten zwei Bundestags- und eine Landtagsabgeordnete den Herner Abschiebeknast. Neben dem Herner Bundestagsabgeordneten der SPD, Dieter Maaß, waren der rechtspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Wiefelspütz und die Landtagsabgeordnete der SPD Gabriele Gorcitzka mit von der Partie. Auf der anschließenden Pressekonferenz vertraten alle gewählten Vertreter des Volkes den Tenor, daß es ja gar nicht so schlimm sei. Das gipfelte in der Bemerkung Wiefelspütz: "Ich habe sehr positive Eindrücke über den Zustand und die räumliche Situation in der Herner Einrichtung." Für die Drei ist es offensichtlich völlig selbstverständlich, daß Unschuldige wie Kriminelle behandelt werden, inhaftiert und zum Teil ohne Wissen ihres Vergehens monatelang hinter Gittern verbringen müssen. Über die langen - zum Teil über ein halbes Jahr sich erstreckenden - Haftzeiten sagte Gorcitzka, daß sie zwar bedauerlich seien, jedoch schob Wiefelspütz den Schwarzen Peter den ausländischen Behörden zu, als er sagte: "Das



Demonstration vom 22.1. am Herner Knast

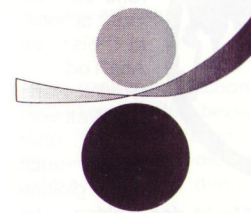


Demonstration am 22.1. vor dem Herner Knast

liegt (...) nicht an den deutschen Behörden, sondern an den Herkunftsländern der Menschen", die sich mit der Erteilung von Einreisevisas und Ausreisepapieren Zeit ließen. Die drei Vertreter mochten nicht erkennen, daß sie maßgeblich an der menschenunwürdigen und juristisch sehr fragwürdigen Lage der Inhaftierten schuldig sind. Sie argumentierten statt dessen, daß so etwas wie der Abschiebeknast notwendig sei, sonst würden sie ihre eigenen Gesetze nicht ernst nehmen. Diese Äußerungen bedürfen keines weiteren Kommentars, denn so offensichtliche Lügen und Verfälschungen sprechen für sich.

Bruno

Anzeige

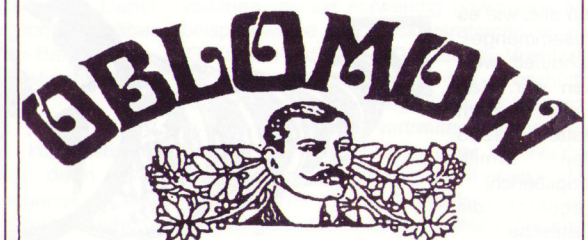


LUPEN

OFFSETDRUCK

INH: MUSTAFA AKARÇAY

WILFRIEDSTR. 10
47169 DUISBURG
TEL.: 0203 / 40 85 01
FAX: 0203 / 40 69 16



Kurt-Schumacher-Platz 1a, 44787 Bochum
Eingang Hellweg, Tel.: 0234/ 12967

TÄGLICH GEÖFFNET AB 18.00 UHR



Essen & Trinken & jede Menge:
Salsa, Samba & Afro-Musik
Comida & Bebida & Cantidad de:
Salsa, Samba, Merengue & Cumbias

WENN GELD MACHT AUSÜBT

Anläßlich des Ablebens eines Bankiers

Hermann Josef ABS ist verstorben, ein Bankier, den fast alle verehrten in diesem Land: Banker und Manager. Sie sahen in ihm den Grandsigneur der freiheitlichen Unternehmerwirtschaft.

Auch Rudolf Scharping würdigt ihn als ein Vorbild deutscher Kulturförderung; er versichert auch die Dankbarkeit dafür, "daß wir immer auf seinen erfahrenen Rat zählen durften" (FAZ, 8.2.94). Was im deutschen Blätterwald so gelobt wurde, war die Macht

des Geldes, und sie wußten alle, wie es zusammengeschaufelt worden war. Karl Heinz Roth hatte 1985 den Ermittlungsbericht gegen die Deutsche

Bank veröffentlicht, der 1947 von einer Untersuchungsgruppe der Finanzabteilung der US-Militärregierung zusammengestellt worden war (1) und in dem auf einige Geldbeschaffungspraktiken von Abs während der Nazi-Zeit hingewiesen wurde, die sie nicht ganz koscher fanden. Einige der Nachrufe deuteten diesen Mißklang sogar zart an und meinten, daß es für diese Zeit wohl noch "schwelende Fragen" geben würde, zumal die Bonner SPD sich hartnäckig weigerte, dem Geldbaron die Ehrenbürgerschaft der Stadt zuzuerkennen. Da nützte wohl auch die großzügige Spende für das Beethoven-Haus nichts, die sich Abs von seinem Honorar abzapfte, das er für sein Konterfei erhielt, als er es warmherzig der "König-Pilsener"-Werbung zur Verfügung stellte.

Es war seine Tradition, die ihm in der Öffentlichkeit so allerhand Beschwerden bereitete, vor allem die jener Jahre, die er mit "ängstlichen Gefühlen" durchlebt haben will. Zwar konnte er 1972 vor dem Stuttgarter Landgericht ein Urteil erwirken, das beleidigende Tatsachen über ihn aus jener Zeit nicht behauptet werden dürfen (2), aber sein Versuch, das Urteil so zu verstehen, daß alle vorgebrachten Tatsachen falsch waren, erwies sich als letztlich doch wenig überzeu-

gend. Eben, "der Streit um seine Haltung während der Nazi-Zeit schwelte bis zu Abs' Tod." (Rudolf Herlt, Die Welt vom 8.2.94). Aber es war auch die gleiche

Tradition - die der Macht des Geldes - die ihn bis zu seinem Tod für viele so verehrungswürdig machte.

Den Umgang mit dem Geld, dem Zaubermitel des Kapitalismus, hatte der Banker indes "von der Pike auf" gelernt und es dabei zu einer wahren Meisterschaft gebracht. Erinnern wir uns: Abs saß (nicht einflußlos) bei Adenauer am Kabinettstisch. In der Öffentlichkeit aber war unbekannt, daß der Banker bereits seit 1943 jenes Schuldenkonto des Ex-Oberbürgermeisters von Köln "pflegte", das 1928 entstanden war und das die Bank ihrem damaligen Aufsichtsratsmitglied Adenauer mit 1 Million Reichsmark für spekulative Aktienkäufe eingeräumt hatte. Abs war 1943 von Adenauer um eine "loyale Nachprüfung" der "schwebenden Fragen"



gebeten worden (3). F.W. Christians weiß von Abs zu berichten, daß er immer Geschäfte pflegte, die auf viele Jahre angelegt waren "und eine persönliche Beziehung zu den Geschäftspartnern aufbauten" (Welt am Sonntag vom 13.2.94).

Ein weiteres Beispiel solcher Geschäftspflege und der Macht des Geldes: Abs handelte nach 1951 - wie alle Nachrufe von der FAZ bis zum ND zu rühmen wissen - das Londoner Schuldenabkommen aus, mit dem die deutschen Konzerne international wieder kreditwürdig wurden. Die Presse hat indes vergessen zu berichten, daß der Bankier die Schuldenverhandlungen in der Schweiz schon seit 1938 führte, ungerührt vom Kriegsverlauf, im Namen seiner Bank und - damals - für die Reichsregierung. Daß er damit Hitlers Krieg zu finanzieren half, will er so nicht gesehen haben. 1952 gipfelten diese Verhandlungen in einem Kompromiß, mit dem gleichzeitig das Überleben des deutschen Imperialismus gesichert war. Daher blieben alle "Betroffenen" ihm fortan dankbar und waren bereit, dem Über-Banker "Unkoscheres" aus seiner Vergangenheit zu vergessen.

Das kann man schon als kapitalistische Klassensolidarität bezeichnen, denn 1941 war Abs noch davon ausgegangen, "daß Deutschland nach dem Krieg Europa beherrschen wird" und dann nicht mehr auf die

USA angewiesen sein werde (4). Nun war er es, und seine ehemaligen Gegner fanden sich zu diesem Kompromiß mit ihm bereit, obgleich die schon genannte Finanzabteilung der US-Militärregierung die Liquidierung der Deutschen Bank wegen ihrer "Verwicklungen" in die Verbrechen des faschistischen Aggressionskrieges gefordert hatte (5). Der Kompromiß ebnete ihm zugleich auch den Weg, den von den Militärregierungen zeitweilig geschlossenen Banktrust wiederherzustellen.

Offenbar gehörte es dann zu den Bemühungen des Bankiers, sich "mit der Faszination des Geldes" auch einen Flair als Hitlergegner zu erwerben. Er selbst gestand 1990 selbstkritisch ein, und Rudolf Herlt zitiert ihn so in der Welt, daß er es während der Nazi-herrschaft "mit Verbrechen" zu tun gehabt habe. Nach den Nürnberger Urteilen von 1946 ist das nun eigentlich eine sehr verspätete Einsicht, jedenfalls ist sie ihm nicht gekommen, as sie notwendig gewesen wäre, beispielsweise als Aufsichtsratsmitglied der IG Farben-Industrie AG oder als Vorsitzender des Aufsichtsrates des Berghütte-Rüstungskonzerns. Diese Einsicht bestimmte auch nicht seine vertraute Zusammenarbeit mit Hermann Göring oder mit Walther Funk (6). Ja, er bemerkte nicht einmal, daß die Konzerne, deren Aufsichtsrat er außerdem angehörte, Sklavenarbeiter unter menschenunwürdigen Bedingungen und im Auftrag der SS beschäftigten. Hat ihn das Geld, das dabei verdient wurde, so geblendet?

Anzeige

BUCHLADEN TARANTA BABU



- LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
- SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN-PSYCHOLOGIE •
- ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
- MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00

Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)

44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

wurden die deutschen Monopole ja wieder mit den Geldern des Marshallplans für den "kalten Krieg" hochgepöppelt. Und sie flossen über die dazu extra gebildete Kreditanstalt für Wiederaufbau. Abs war (wen erstaunt es) derzeit ihr stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender. Ja, dieser Banker war eben ein ehrenwerter Mann.

Für das Vermögen der Juden, das die Deutsche Bank nach 1938 in "treuhänderische Verwahrung" genommen hatte (wie er immer wieder versicherte, während die US-Untersuchungskommission es schnöde "Arisierung" nannte) zahlte das nunmehr rekonstituierte Institut, mit Abs als Vorstandsvorsitzendem, an die Eigentümer zumeist nur eine Entschädigung. In diesem Fall galt der Grundsatz der Entschädigung offenbar vor dem der Rückgabe. Ein Hundsfoß, wer da meint, im Fall eines Sieges der Nazis hätte die Bank sich dieses Eigentum aneignen wollen. Schließlich war Abs ein "Nazigegegnere", wie ihm auch von Konrad von Freysing bereits 1946 eilig bescheinigt worden war.

Ein schönes Zeichen dieser Entschlossenheit als Widerständler war sicherlich sein Auftreten am 15.4.1942 vor dem Rheinisch-Westfälischen Beirat der Deutschen Bank in Köln, als er tapfer erklärte, daß im Krieg nicht nur Höchstleistungen von Mensch und Maschine anzustreben sind, sondern daß es vor allem darauf ankäme, einen Krieg zu gewinnen (7). Kann es also sein, daß sein Bemühen um seinen Nichtnazismus vielleicht doch nur eines seiner so beliebten Understatements darstellt, die er zeitlebens und stets so kulturvoll hegte?

Nicht immer zeigt DIE WELT tiefe politische Einsicht, aber die Feststellung von Rudolf Herlt, "daß dieser eminent politische Mann, der sich so intensiv um die öffentlichen Dinge kümmerte, nie einen politischen Posten bekleidet hat", trifft den berühmten Nagel auf den Kopf, denn selbst die FAZ kann sich die Feststellung nicht verkneifen, daß ihm "die Macht des Geldes sicherer erschien" als ein politisches Amt. Wie sonst hätte Abs auch mit seinem Finanztrust mehr Macht ausüben können? Auch dies hatte der Banker



Häftlinge beim Bau der „Buna-Werke“ des IG-Farben-Konzerns

frühzeitig gelernt, als er sich eben den "Verhältnissen (vor 1945) nicht entzog" (Jürgen Jeske in der FAZ). Im NEUEN DEUTSCHLAND wurde nun dazu die Meinung vertreten, daß Abs erst in der BRD die Spitze seiner Karriereleiter erreicht habe. Das ist angesichts der Entwicklung der Deutschen Bank - die nach 1945 eigentlich "ohne Pause weiter" machte (wie das 1970 Fritz Seidenzahl, der bankeigene Historiograph, so schön formulierte) - zu einem in Europa dominierenden Geldinstitut grundsätzlich nichts hinzuzufügen.

Was die Bankmanager vor 1945 erreichen wollten, in Europa die Oberhand zu gewinnen, dazu hatte Abs schon 1940 die geldtechnische Regie skizziert. "Wir werden", so sagte er vor dem Deutschen Institut für Bankwissenschaft dezidiert, "uns auch gegenüber den Ländern des europäischen Großraums gar nicht der Verpflichtung entziehen können, uns kapitalmäßig an den Investitionen zu beteiligen, die sie zur Entwicklung ihrer natürlichen Produktionskräfte durchzuführen haben." Er fügte sorgfältig wägend hinzu: "Ziel unserer Kapitalausfuhr dürfen ... nur Länder sein, die ihrer Struktur nach eine natürliche Ergänzung für die eigene Volkswirtschaft ... darstellen." Und er ergänzte fein: "Dabei muß das weniger entwickelte Land den Willen und die Fähigkeit haben, seine Entwicklung auf die Bedürfnisse des kreditgebenden Landes abzustellen." (8) Nun meint Jürgen Jeske in der FAZ, daß die Bank heute längst aus diesem Schatten von Abs herausgetreten sei und neue Wege eingeschlagen habe. Verfeinertere? Seine Behauptung aber, Abs hätte für Auslandsniederlassungen wenig Verständnis gehabt, ist mindestens schlecht recherchiert. Abs hatte nach 1938 über Filialbanken im "europäischen Großraum" geschaffen oder rekonstruiert und in deren Aufsichtsräten bis 1944 residiert. Von wenig Verständnis war dabei nichts zu ermitteln.

Wenn wir also die Ziele dieser Kapitalpolitik in Beziehung zu dem von Abs geschaffenen Niederlassungssystem setzen und auch seinen Willen zur Kenntnis nehmen, den Nazikrieg unbedingt gewinnen zu wollen, um "das neue Europa, das auf den

Schlachtfeldern dieses Krieges geschmiedet wird... " zu schaffen (9), dann wird die Meinung des Kölner Bankiers Kurt Freiherr von Schröder doch verständlich, der 1945 aussagte: "Männer wie Abs... wurden von der Regierung und von den Parteiführern ständig zu Rate gezogen... Abs hatte sich als sehr wertvoll für die Partei und die Regierung erwiesen... und oft wurde das, was sie sagten, als letztes Wort in dieser Angelegenheit bewertet." (10) Dieser Rat war stets wertvoll, auch nach 1950, alle versichern das. Daher darf die Art, wie dieser Banker seine Ratschläge "zu Geld" machte und wie er mit dem Geld umging, vielleicht doch als tradierte Inkarnation der Großmachtpolitik der deutschen Finanzoligarchie angesehen werden.

EBERHARD CZICHON (in: SoZ Nr. 4, 24.2.1994)

Anmerkungen:

- (1) OMGUS: Ermittlungen gegen die Deutsche Bank - 1946/47, Nördlingen 1985
- (2) Urteil der 17. Zivilkammer des Landgerichts Stuttgart vom 27.6.1972
- (3) Schreiben von Konrad Adenauer an Hermann Josef Abs vom 11.8.1943, - in: E.Czichon, "Herrmann Josef Abs, Ein Kreuzritter des Kapitals", Berlin 1969, S. 265 (Das Buch darf in der BRD durch das angeführte Urteil ebenso nicht vertrieben werden, wie das 1970 im Pahl Rugenstein Verlag erschienen Buch: "Der Banker und die Macht. Herrmann Josef Abs in der deutschen Politik")
- (4) H.J.Abs vor dem Handelspolitischen Ausschuß der Reichswirtschaftskammer am 17.7.1941, in: E. Czichon, "Ein Kreuzritter..." S. 257 f., und in: "Der Bankier in die Macht", S. 240 f.
- (5) OMGUS, S. 11
- (6) Walther Funk, ab 1938 Reichswirtschaftsminister, ab 1939 Reichbankpräsident, im Nürnberger Prozeß zu lebenslänglicher Haft verurteilt.
- (7) Abgedruckt in: E. Czichon, "Ein Kreuzritter..." S. 260, und in: "Der Bankier...", S. 241
- (8) ebd. S.255 bzw. S. 138
- (9) H.J.Abs, "Der Außenhandel im neuen Europa" (Artikelentwurf für den Auslandsdienst des Auswärtigen Amtes vom 2.2.1942), ebd. S. 258 f.
- (10) Abgedruckt bei: E.Czichon, "Der Bankier und die Macht", S. 236.